

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 20. bis 26. September 2021

27. 09. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sprach am Montag, den 20. September, im Budapester Parlament über die Bedeutung von Impfungen im Kampf gegen die Coronavirus-Epidemie: „Dank des Erfolgs des Impfprogramms hatten wir wieder einen freien Sommer. Wir hatten eines der schnellsten Impfprogramme in Europa und der Welt. So konnten wir die Beschränkungen früher als andere aufheben und die Wirtschaft wieder in Gang bringen. Die Impfquote für Covid (2 Dosen) stagniert in Ungarn seit Juli (57,0 % am 18. Juli) bei 57,6 % der Allgemeinbevölkerung. Seit Anfang Juli ist das Tragen einer Maske nur noch in Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen Pflicht. Für Veranstaltungen mit mehr als 500 Personen ist ein Gesundheitspass erforderlich.
- In seiner Eröffnungsrede auf dem 4. Demografie Gipfel am Donnerstag, 23. September, in Budapest hielt der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán ein Plädoyer für die Familie und die Kinder in der Gesellschaft. Staats- und Regierungschefs mehrerer mitteleuropäischer Länder (Tschechische Republik, Serbien, Republika Serbska, ...) waren ebenso anwesend wie der französische Publizist und Polemiker Éric Zemmour oder Marion Maréchal.
- Bei den Vorwahlen der ungarischen Opposition zur Nominierung gemeinsamer Kandidaten für die bevorstehenden Parlamentswahlen kam es am Samstag, den 18. September, zu einigen IT-Ausfällen, die wahrscheinlich auf einen Cyberangriff auf das Computersystem zurückzuführen sind.

Polen

- Die seit mehreren Wochen andauernde Migrationskrise an der polnisch-weißrussischen Grenze hat eine tragische Wendung genommen, als am Sonntag, dem 19. September, die Leichen von vier Migranten entdeckt wurden, die wahrscheinlich erfroren waren – drei auf der polnischen Seite und einer auf der weißrussischen Seite der Grenze. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki reagierte: „Die Behörden und die Staatsanwaltschaft arbeiten vor Ort daran, die Umstände dieses tragischen Ereignisses aufzuklären. Es ist notwendig, einen möglichen Zusammenhang zwischen diesen dramatischen Ereignissen und den früheren provokanten Aktionen von Weißrussland an unserer Ostgrenze zu untersuchen.“
- Die polnische Meinung zum Thema Einwanderung wurde durch diese Ereignisse jedoch nicht erschüttert, wie eine am Dienstag, den 21. September, von der konservativen Zeitschrift *Do Rzeczy* zitierte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pollster zeigt, wonach 72 % der Polen die Migranten, die sich derzeit an der weißrussischen Grenze tummeln, nicht ins Land lassen wollen.
- Weißrussland gießt seinerseits Öl ins Feuer. Wie der polnische Innenminister Mariusz Kamiński am Dienstag, den 21. September, erklärte, haben die weißrussischen Behörden in der vergangenen Woche beschlossen, den visafreien Reiseverkehr mit Ländern wie Pakistan, Jordanien, Ägypten und Südafrika zu aktivieren, und Grodno ist zu einem internationalen Flughafen geworden. Polen befürchtet daher, dass Zehn- oder gar Hunderttausende von Migranten die Grenze überrennen werden, wie es 2015 an der serbisch-ungarischen Grenze der Fall war.
- Der Abgeordnete Patryk Jaki (Solidarna Polska) präsentierte der Presse am 21. September „die erste vollständige Aufstellung der Gewinne und Verluste [...], die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben“. Ihren Schätzungen zufolge hat das Land bis zu 981 Milliarden Zloty (213 Milliarden Euro) verloren und nur 593 Milliarden Zloty (129 Milliarden Euro) zurückerhalten. Die Tageszeitung *Rzeczpospolita* verweist auf Analysen der Polnischen Nationalbank, die zeigen, dass die Bilanz seit 2013 einen Überschuss zugunsten Polens aufweist, und ist der Meinung, dass der Jaki-Bericht einige wichtige Faktoren außer Acht lässt, wie etwa die Investitionen ausländischer Unternehmen in Polen oder die gezahlten Löhne. Logischerweise zieht die *Rzeczpospolita* auch ganz andere Schlüsse.
- Der Marschall von Kleinpolen, Witold Kozłowski, kündigte am Mittwoch, den 22. September, an, dass der Landtag dieser südpolnischen Woiwodschaft (Region Krakau) die Aufhebung des Beschlusses vorbereite, der die Region für frei von LGBT-Ideologie erklärt, weil die Europäische Union in dieser Frage Subventionen erpresst. Am 24. September gab der Landtag der benachbarten Woiwodschaft Heiligkreuz (Świętokrzyskie) bekannt, dass er dafür gestimmt hat. Damit hat sich die Zahl der polnischen Regionen, die sich aus Angst vor dem Verlust finanziell bedeutender EU-Fördermittel in dieser Frage zurückhalten, auf zwei erhöht. In der Erklärung hatten die Vertreter der Woiwodschaft ihre „tiefe Missbilligung und Ablehnung der Versuche zum Ausdruck gebracht, die von liberalen sozialen und politischen Bewegungen vertretene LGBT-Ideologie zu fördern. Diese Versuche stehen [eindeutig] im Widerspruch zum kulturellen Erbe und den säkularen christlichen Traditionen unserer Region, Polens und Europas. Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska) forderte seinerseits die Regionalräte in der Woiwodschaft Łódź auf, ihren Kollegen in Kleinpolen und Heiligkreuz nicht zu folgen: „Als Solidarität Polen sind wir mit dieser Art von Maßnahmen der Europäischen Kommission nicht einverstanden [...] Wir fordern die Abgeordneten des Regionalrats von Łódź und der anderen Regionalräte auf, sich nicht dieser Art von Erpressung zu unterwerfen. [...] Die Europäische Union ist heute

von linken Kreisen übernommen worden, die versuchen, die Mechanismen der politischen Erpressung durch die EU-Institutionen zu nutzen, um Polen zu zwingen, Vorschriften anzunehmen, die unserer Kultur widersprechen, und sie den Bürgern gegen ihren Willen aufzuerlegen.“

- Der Vorsitzende der Bürgerplattform (PO), Donald Tusk, ist Berichten zufolge gegen seine beiden Vizepräsidenten Borys Budka und Tomasz Siemoniak, die es vorgezogen haben, der Geburtstagsfeier des Journalisten Robert Mazurek beizuwohnen, anstatt der Vorstellung des Rechnungshofberichts vor den Abgeordneten beizuwohnen, wie die Zeitschrift Fakt mit Fotos enthüllt hatte. Dies ist jedoch nicht das Bild, das Donald Tusk von seiner Partei haben möchte.
- Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda, kündigte am Freitag, den 24. September, an, dass die polnische Gewerkschaftsorganisation am 22. Oktober eine Demonstration vor dem Sitz des Gerichtshofs der Europäischen Union in Luxemburg veranstalten wird, um gegen die jüngste Entscheidung des Gerichtshofs im Streit zwischen Polen und der Tschechischen Republik um das Bergwerk Turów (Niederschlesien) zu protestieren. Diese noch nie dagewesene Krise zwischen Polen und der Tschechischen Republik könnte sich negativ auf das Funktionieren der V4 auswirken.
- In einem Interview mit der Boulevardzeitung Super Express verteidigte der polnische Finanzminister Tadeusz Kościński die von der polnischen Regierung im Rahmen der Neuen Polnischen Ordnung getroffenen Maßnahmen: „In den letzten 30 Jahren haben die Reichen von der Entwicklung unserer Wirtschaft profitiert und sind noch reicher geworden [...] Jetzt führen wir einen Reset zugunsten derjenigen durch, die weniger verdienen [...] Diejenigen, die weniger verdienen, sollten prozentual nicht mehr zahlen [...] Es ist wichtig, dass die Gesellschaft nicht stratifiziert wird.“ Jarosław Gowin, Vorsitzender der Partei Porozumienie und ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, der im August der Opposition beigetreten ist, bezeichnete die gleichen Maßnahmen als „großen Schlag gegen die Mittelschicht“ und als „sozialistischen Betrug“, der „hart arbeitende, unternehmerische und kreative Menschen [...] unter dem Deckmantel einer kleinen Steuersenkung für die unteren Schichten der Gesellschaft“ treffe.

Slowakei

- Ein Sondergericht in der Stadt Pezinok (Bösing, Region Bratislava) verurteilte am Montag, den 20. September, den ehemaligen Staatsanwalt Dušan Kováčik wegen Korruption und Machtmissbrauchs in einer kriminellen Vereinigung zu vierzehn Jahren Haft und zur Einziehung seines gesamten Vermögens. Kováčik, der seit 2004 im Amt ist, war im Oktober 2020 zusammen mit einem hochrangigen slowakischen Polizeibeamten verhaftet worden, dem die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wurde.
- Der außerordentliche Kongress der MKP (Magyar Közösség Pártja, Partei der Ungarischen Gemeinschaft) beschloss am 19. September in Rimavská Sobota (Rimaszombat, Mittelslowakei) den Zusammenschluss der Partei mit den beiden anderen Gruppierungen, die die ungarische Minderheit in der Slowakei vertreten – Híd-Most (Brücke) und Összefogás (Zusammenarbeit). Die Fusion war am Vortag von Híd-Most genehmigt worden. Die neue Einheitspartei trägt den Namen Szövetség (Allianz).
- Erzbischof Jan Babjak, griechisch-katholischer Metropolit von Prešov (Eperies), der am 14. September mit Papst Franziskus zusammentraf und mit ihm eine Messe feierte, wurde einige Tage später positiv auf Covid-19 getestet, obwohl er doppelt geimpft war. Der Kardinal wurde sofort unter Quarantäne gestellt.

Tschechische Republik

- In einem Interview mit Radio Impuls sagte der Vorsitzende der tschechischen Piratenpartei und Gegenkandidat von Ministerpräsident Andrej Babiš bei den kommenden Parlamentswahlen, Ivan Bartoš: „Ich habe ein Problem mit dem muslimischen Europa [...] Es werden No-Go-Zonen geschaffen. Davor sollten wir nicht die Augen verschließen“. In der Tschechischen Republik gibt es inzwischen einen recht breiten politischen Konsens gegen die Einwanderung, wie eine kürzlich geführte Wahldebatte diese Woche bestätigte.
- Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš, der Ungarn im Rahmen des 4. Demografie Gipfels in Budapest besuchte, fuhr am 22. September gemeinsam mit Viktor Orbán nach Röszke, um den gegen Migranten gerichteten Grenzzaun an der serbisch-ungarischen Grenze zu inspizieren. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte der tschechische Regierungschef seinen Widerstand gegen die Aufnahme von Migranten in der Tschechischen Republik.

Slowenien

- 24.9. Das Ministerium für Umwelt und Raumplanung (MoESP) veranstaltete eine Online-Präsentation des Maritimen Raumplans – ein strategisches Dokument, das zum ersten Mal in Slowenien seit der Unabhängigkeit eine strategische Planung für die nachhaltige Entwicklung von Aktivitäten und Nutzungen auf See einführt. In seiner Ansprache sagte der Staatssekretär im Innenministerium, Robert Rožac, dass Slowenien der erste EU-Mitgliedstaat im östlichen Mittelmeer sei, der einen maritimen Raumplan ausgearbeitet und verabschiedet habe, wofür es auch von der Europäischen Kommission gelobt worden sei. Staatssekretär Robert Rožac betonte, dass Slowenien mit der Verabschiedung des maritimen Raumplans eine Rechtsgrundlage geschaffen habe, um ein nachhaltiges Wachstum der maritimen Wirtschaft, eine nachhaltige Entwicklung des Meeresgebiets und eine nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen zu erreichen. Slowenien sei außerdem von der Europäischen Kommission für seine Arbeit am maritimen Raumplan mit einem Preis ausgezeichnet worden. Der Maritime Raumplan Sloweniens wurde vom Umweltministerium als strategisches, räumliches Entwicklungsdokument erstellt, das die Ziele und Orientierungen für die weitere Entwicklung der Aktivitäten auf See festlegt, die räumliche und zeitliche Verteilung der relevanten bestehenden und zukünftigen Aktivitäten und Nutzungen definiert und einen Rahmen für deren Koordinierung untereinander bietet.
- 23.9. Die Regierung hat den Text der Änderungen des Dekrets über den Rahmen für die Erstellung der staatlichen Sektorhaushalte für den Zeitraum 2020–2022 in dem Teil, der sich auf das Jahr 2021 bezieht, festgelegt. Die Änderungen sind notwendig, um die reibungslose Finanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung der Epidemie fortzusetzen, die nach der Verabschiedung der Änderungen für den Haushalt 2021 beschlossen wurden. Zwei weitere Gesetze wurden nach der Verabschiedung der Änderungen für den Haushalt 2021 verabschiedet, nämlich das Gesetz über Interventionsmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und des Tourismus bei der Abfederung der Folgen der Epidemie, COVID-19, und das Gesetz über Notfallmaßnahmen für den Gesundheitssektor. Beide beziehen sich auf Maßnahmen zur Linderung der Folgen von COVID-19 und zusätzliche Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der ersten Erholung. Die Obergrenze für die gesamtstaatlichen Ausgaben wird auf 25,80 Mrd. EUR angehoben und das Defizit auf 7,5 % des BIP gesenkt. 2021 wird die Ausgabenobergrenze für den gesamtstaatlichen Haushalt auf 14,99 Mrd. EUR angehoben und das Defizit auf 7,9 % des BIP gesenkt.

- 22.9. In einer Presseerklärung stellte der Minister für Land- und Forstwirtschaft und Landwirtschaft, Dr. Jože Podgoršek, das Gesetz über Änderungen und Ergänzungen des Tierschutzgesetzes vor, das am Mittwoch, den 22. September, von der Nationalversammlung verabschiedet wurde. Eine der wichtigsten Änderungen ist die Beschränkung des Besitzes exotischer Tierarten. Mit der Änderung wird eine Liste der verbotenen und eine Liste der erlaubten Arten eingeführt. Verbotene Tierarten dürfen nur noch von Tierheimen betreut werden, während Einzelpersonen Tiere, die auf der Liste der erlaubten Arten stehen, besitzen und pflegen dürfen. Um den illegalen Handel mit Hunden zu verhindern und einzudämmen, sieht das geänderte Gesetz die Rückverfolgbarkeit der Herkunft des Hundes vor, indem es die Kennzeichnung von Welpen bis zu einem Alter von 8 Wochen vorsieht. Bei der Anzeige von Hunden ist die Angabe der Chipnummer des Hundes obligatorisch, wenn der inserierte Hund älter als 8 Wochen ist. Ist der inserierte Hund jedoch weniger als 8 Wochen alt, muss die Chipnummer der Mutter angegeben werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 13. bis 19. September 2021

20. 09. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Vor seiner Reise in die Slowakei machte Papst Franziskus für einige Stunden in Budapest Station, um an der Abschlussmesse des Internationalen Eucharistischen Kongresses teilzunehmen und den ungarischen Staatspräsidenten János Áder und Ministerpräsident Viktor Orbán zu treffen. Bei dieser Gelegenheit bot er ein Faksimile

des Briefes aus dem Jahr 1254 an, den der ungarische König Béla IV. an Papst Innozenz IV. geschickt hatte und in dem er die Gefahren beschrieb, denen Ungarn damals ausgesetzt war. Eine heikle Situation, die nach Ansicht des stellvertretenden Ministers und Staatssekretärs Balázs Orbán nicht ohne Ähnlichkeiten mit unserer Zeit ist.

- Der ungarische Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, Péter Szijjártó, kündigte am Montag, den 13. September, auf seinem Facebook-Account an, dass das chinesische Unternehmen Semcorp 65 Milliarden Forint (185 Millionen Euro) in den Aufbau einer neuen Batteriefabrik für Elektrofahrzeuge in Debrecen (Komitat Hajdú-Bihar) investieren wird, in der 440 Menschen beschäftigt werden sollen.
- Nach Angaben des Wirtschaftsmagazins Portfolio hat die Ungarische Staatsschuldenverwaltung (ÁKK) am Dienstag, den 14. September, zwei Kredite in Höhe von 2,25 Milliarden Dollar mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Zinssatz von 2,29% sowie zwei Milliarden Dollar mit einer Laufzeit von dreißig Jahren und einem Zinssatz von 1,855% aufgenommen. Diese beiden Darlehen sollen zum Teil das Einfrieren des ungarischen Konjunkturfonds durch die Europäische Kommission ausgleichen, dienen aber vor allem der Vorfinanzierung von Schulden und dem Ausbau von Infrastruktur, Renten und Bildung. Zur weiteren Mittelbeschaffung hat Ungarn am Dienstag, den 15. September, weitere Anleihen im Wert von 1 Milliarde Euro aufgenommen.
- Das Jahr 2020, das durch die Coronavirus-Pandemie und die Einschränkung von Freiheiten gekennzeichnet war, führte in Ungarn zu einem Anstieg der Selbstmordrate um 10 % (+13 % bei Männern und +1 % bei Frauen). Diese Zahl war seit dem Fall des kommunistischen Regimes noch nie so stark gestiegen.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán besuchte am Donnerstag, den 16. September, Slowenien, wo er mit seinem slowenischen Amtskollegen Janez Janša zusammentraf und mit ihm die 53. internationale Handwerksmesse in Celje eröffnete. „Slowenien wurde immer als ein mitteleuropäisches Land wie unseres betrachtet, und wenn wir zusammenarbeiten, wenn wir unsere Kräfte bündeln, werden unsere beiden Länder zusammen mit ganz Mitteleuropa zu den Gewinnern der neuen globalen Wirtschaftsära gehören“, sagte er bei dieser Gelegenheit.
- Die Stadt Budapest und die Central European University (CEU) organisierten am 16. und 17. September in Budapest eine Konferenz über nachhaltige Demokratie mit zahlreichen internationalen Rednern.
- Die Vorwahlen der Vereinigten Opposition, bei denen ein einziger Kandidat gewählt werden soll, der Orbán im Jahr 2022 besiegen soll, begannen am 18. September. Aufgrund eines Computerproblems funktionierte die entsprechende Website jedoch das ganze Wochenende nicht.

Polen

- Nach englischen Rassismusvorwürfen gegen Kamil Glik während des Spiels Polen-England am 8. September erhielten der polnische Spieler und seine Frau Marta Glik Beleidigungen und Morddrohungen in englischer Sprache, die in der polnischen Presse veröffentlicht wurden und für Empörung sorgten.
- Zwei Wochen vor den Bundestagswahlen, die ihre fast 16-jährige Amtszeit als deutsche Regierungschefin beenden werden, stattete Bundeskanzlerin Angela Merkel am Samstag, den 11. September, Warschau einen letzten offiziellen Besuch ab.
- Am Sonntag, den 12. September, hat Kardinal Marcello Semeraro, Präfekt der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse, in einer Messe im Tempel

der Göttlichen Vorsehung in Warschau zwei große Persönlichkeiten der polnischen katholischen Kirche des 20. Jahrhunderts seliggesprochen: Kardinal Stefan Wyszyński und Elżbieta Róża Czacka (Mutter Elisabeth), Gründerin der Franziskanerinnen vom Kreuz, für ihren Dienst an den Blinden.

- Der polnische Regierungsbeauftragte für das Energienetz, Piotr Naimski, kündigte am Montag, den 13. September, in Radio Warszawa an, dass Polen seinen Gasliefervertrag mit Gazprom nicht verlängern wird, da die Baltic Pipe ab Oktober 2022 betriebsbereit sein wird und somit in der Lage sein wird, jährlich 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Norwegen nach Polen zu liefern, was zwei Drittel des derzeitigen Verbrauchs des Landes deckt, während der Rest aus der heimischen Produktion stammt. Darüber hinaus werden die Anlagen in Świnoujście (Swinemünde) bis 2033 erweitert, um amerikanisches und katarisches Gas aufzunehmen. Polen ist damit nicht mehr vom russischen Gas abhängig und hat nun die Möglichkeit, sich auch im Energiebereich von seinem mächtigen Nachbarn zu emanzipieren.
- In einem Interview mit dem polnischen katholischen Sender Radio Marya sagte der deutsche Kardinal Gerhard Müller zu den Spannungen zwischen Brüssel und Warschau: „Wir leben in einer tragischen Farce, in der die europäischen Institutionen Polen und Ungarn im Namen der europäischen Werte kritisieren. Diese so genannten ‚Werte‘ erfinden das Recht, ungeborene Kinder zu töten oder das Geschlecht zu wechseln [...] Ich finde es eine große Ungerechtigkeit, dass Leute im Westen, die keine Ahnung haben, was in Polen passiert, und die riesige Geldsummen von den europäischen Institutionen erhalten, polnische Bürger zurechtweisen. Ich rufe alle Polen auf, eine solche Eitelkeit und Strafflosigkeit nicht zuzulassen [...] Polen ist kein Kind, das von inkompetenten westlichen Politikern gemäßregelt werden sollte.“
- Am Mittwoch, den 15. September, debattierte das Europäische Parlament erneut über „Medienfreiheit und die weitere Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Polen“. Bei dieser Gelegenheit erklärte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, dass die Antworten der polnischen Regierung bezüglich der Fortsetzung der Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs unzureichend seien: „Die Kommission hat beschlossen, den Gerichtshof aufzufordern, finanzielle Sanktionen gegen Polen zu verhängen, um die Anordnung einstweiliger Maßnahmen vom 14. Juli durchzusetzen. Die Kommission ersucht den Gerichtshof, gegen Polen ein tägliches Zwangsgeld zu verhängen, bis die entsprechenden Maßnahmen von Polen vollständig umgesetzt sind.“ Jourová äußerte sich auch besorgt über das so genannte Lex-TVN-Gesetz.
- Die ehemalige Ministerpräsidentin und jetzige Europaabgeordnete Beata Szydło (PiS) kritisierte den „Fit for 55“-Plan der Europäischen Kommission scharf, der ihrer Meinung nach zu einer drastischen Verschlechterung der europäischen Wirtschaft, dem Verlust vieler Arbeitsplätze und „Armut für Millionen von Europäern“ führen würde. Der Plan sieht vor, die Emissionen bis 2030 um 55 % zu senken und die Europäische Union bis 2050 „klimaneutral“ zu stellen.
- Laut einer am Mittwoch, den 15. September, veröffentlichten Umfrage des Zentrums für Meinungsforschung zum Thema Fernsehnachrichten und aktuelle Themen halten 38 % der Polen die Sendungen von Polsat und Polsat News für glaubwürdig (gegenüber 17 %, die sie für nicht glaubwürdig halten), 36 % die von TVN und TVN24 (gegenüber 27 %) und nur 25 % die des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders TVP (gegenüber 49 %).
- Das medizinische Personal in Polen befindet sich seit mehreren Tagen im Streik. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne und Gehälter und generell der Gesundheitsausgaben im Staatshaushalt, die ihrer Meinung nach mindestens 7–8 % der Ausgaben betragen sollten, was sogar unter dem EU-Durchschnitt von 10 %

liegen würde. Die Streikenden weigern sich, mit dem Gesundheitsminister Adam Niedzielski zu verhandeln, mit dem die Gespräche der letzten Monate ergebnislos verlaufen sind, und fordern, direkt mit dem Premierminister Mateusz Morawiecki zu verhandeln, der auf diesen Vorschlag nicht eingegangen ist. Was die Gehälter in diesem Beruf betrifft, so scheinen 9 % der polnischen Ärzte bereit zu sein, ihr Land wegen Einkommensproblemen zu verlassen, während es in Polen bereits sehr wenige Ärzte gibt: nur 238 pro 100.000 Einwohner, verglichen mit einem Durchschnitt von 388 in der gesamten Europäischen Union.

- Am Donnerstag, den 16. September, nahm das Europäische Parlament mit 502 gegen 149 Stimmen bei 36 Enthaltungen eine Entschließung an, in der es den polnischen Premierminister auffordert, den Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen Recht nicht in Frage zu stellen, und in der es die Europäische Kommission erneut auffordert, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen der Reformen des polnischen Justizsystems einzuleiten, wobei es Polen insbesondere vorwirft, „bewusst und systematisch gegen die Urteile und Anordnungen des EuGH zur Rechtsstaatlichkeit“ verstoßen zu haben.
- Angesichts hartnäckiger Gerüchte, die der PiS den Wunsch nach einem Austritt Polens aus der Europäischen Union unterstellen, bekräftigte PiS-Präsident Jarosław Kaczyński, dass es „keinen Polexit“ geben werde.

Slowakei

- Im Rahmen seines Pastoralbesuchs in der Slowakei erinnerte Papst Franziskus am Mittwoch, 15. September, daran, dass „die Kirche keinen Grund hat, ihre Lehre zu ändern, dass die Ehe ein Sakrament ist, das zwischen einem Mann und einer Frau stattfindet“, da homosexuelle Partnerschaften „nichts mit der Ehe als Sakrament zwischen Mann und Frau zu tun haben“.

Tschechische Republik

- Am Sonntag, den 12. September, wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Ukraine der in der Tschechischen Republik lebende russische Staatsbürger Alexander Franchetti auf dem Prager Flughafen festgenommen und inhaftiert. Ihm wurde vorgeworfen, eine Miliz angeführt zu haben, die an den Ereignissen im Vorfeld der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, kurz nach der ukrainischen Revolution, beteiligt war. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Zakharova, erklärte, Russland verfüge über „detaillierte Informationen über die Gründe für das Vorgehen der tschechischen Behörden“ gegenüber seinem Staatsbürger. „Wir haben den Botschafter gewarnt, dass die Fortsetzung der destruktiven Linie Prags gegenüber Russland und seinen Bürgern auf Initiative der tschechischen Seite zu einer weiteren Verschlechterung der bilateralen Beziehungen führen wird.“

Kroatien

- Gemäß einer am Montag, den 13. September, unterzeichneten Absichtserklärung darf Kroatien, das sich auf den Beitritt zur Eurozone am 1. Januar 2023 vorbereitet, nun kroatische Euro-Münzen herstellen. In sechzehn Monaten wird Kroatien das zwanzigste europäische Land sein, das den Euro als Landeswährung verwendet. Bulgarien wird voraussichtlich im Jahr 2024 folgen.

Slowenien

- Am Freitag, den 18.09., kam es zu einer Schießerei im Einkaufszentrum BTC in Ljubljana. Zwei der bei der Schießerei Verletzten sind Roma und alte Bekannte der Polizei, aber es wird auch vermutet, dass es sich um eine Schießerei zwischen Kriminellen gehandelt hat.
- Am Mittwoch, den 15.09. fand eine Protestveranstaltung gegen die neuen Beschränkungen zur Eindämmung des Coronavirus und die Einführung von PCT-Bescheinigungen (genesen, geimpft, getestet) für den Zutritt zu verschiedenen Einrichtungen, Einkaufszentren und dergleichen statt. Der Protest gegen die Maßnahmen, der in Ljubljana auf dem Platz der Republik vor dem Parlament stattfand, schlug gegen Abend in Gewalt um. Die Randalierer bewarfen das Parlamentsgebäude mit Granitsteinen und anderen Gegenständen, die es beschädigten, und wurden von der Polizei mit Wasserwerfern niedergeschlagen. Mehrere Polizeibeamte und Demonstranten wurden verletzt. Auch Islamisten waren bei den Protesten zu sehen.
- Am Mittwoch, den 15. September, trafen Premierminister Janez Janša und eine Delegation von Ministern in Celje (Cilli) mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán und einer Delegation ungarischer Minister zusammen. Nach der Eröffnungszeremonie führten der slowenische und der ungarische Ministerpräsident bilaterale Gespräche, in denen sie die Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und die Möglichkeiten zu deren Vertiefung erörterten. Auch mit anderen anwesenden Ministern wurden getrennte bilaterale Gespräche geführt.
- Am Mittwoch, den 15. September, stellte Wirtschaftsminister Zdravko Počivalšek nach einem gemeinsamen Treffen der slowenischen und der ungarischen Regierung in Celje gemeinsame Projekte vor. Gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister Peter Szijjártó bewertete er die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen beiden Ländern als sehr gut.
- Am Dienstag, den 13. September, unterzeichneten der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Technologie, Zdravko Počivalšek, und die Ministerin für die Slowenen im Ausland und in der Welt, Dr. Helena Jaklič, das Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Basis der autochthonen slowenischen Volksgruppe in Ungarn für den Zeitraum 2021–2024.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Polen

03) Geht Polen zum Gegenangriff über? Regierungssprecher schließt Klage gegen die Europäische Kommission nicht aus

28. 09. 2021



Bildquelle: Wikimedia Commons / Michal Osmenda

Während die Europäische Kommission den Konflikt mit der polnischen Regierung unter dem Vorwand der Justiz und des Schutzes der Familienwerte eskaliert, bleibt die Frage des Nationalen Wiederaufbauplans vorerst davon unangetastet. Die Europäische Kommission hat jedoch die Polen zustehenden Haushaltsmittel im Zusammenhang mit der Coronavirus-Krise noch immer nicht ausgezahlt. Die Regierung schließt nicht aus, nach Lösungen zu suchen, die rechtlich in ihrer Reichweite liegen.

In der Polsat-Morgensendung vom Dienstag bezog sich Regierungssprecher Piotr Müller auf die Worte des Europaabgeordneten Jacek Saryusz-Wolski, der gesagt hatte, dass „Polen zum Gegenangriff übergehen muss“, und zwar gegen die Europäische Kommission. Die polnische Regierung hat nun zwei Möglichkeiten, rechtlichen Druck auf die EU-Beamten auszuüben: das Vetorecht und eine Klage gegen die EU. Laut Saryusz-Wolski könnte ein Veto, das die EU-Gesetzgebung blockiert, z.B. im Zusammenhang mit dem Klimapaket eingesetzt werden.

- Dies ist eine der Möglichkeiten, die rechtlich möglich sind. Im Moment gibt es noch keine Entscheidung, die so weit geht, aber es stimmt, dass die Europäische Kommission in dieser Hinsicht untätig ist, was bedeutet, dass sie die Bedingungen erfüllt. (...) Leider bewegen wir uns im Moment auf einen Punkt zu, an dem wir erkennen müssen, dass diese Prinzipien in extremer Weise verletzt werden“, räumte Müller ein.

Jacek Saryusz-Wolski schlug am Montag vor, dass Polen von seinem Vetorecht bei der bevorstehenden Abstimmung über die Klimavorschriften mit dem Titel „Fit for 55“ Gebrauch machen sollte. – Die Stunde der Probe ist gekommen zwischen uns und der Gruppe, die in Brüssel die Macht innehat, d.h. dem Konzert der deutschen und französischen Mächte und ihrer Gefolgsleute, die beschlossen haben, Polen in die Knie zu zwingen. (...) – argumentierte der PiS-Abgeordnete. „Wenn wir dieses Mal nachgeben, wird er [der EuGH] den Schlag weiter verfolgen“, warnte der Politiker.

Quelle: [PCh24.pl](https://poczta24.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Nach den Wahlen könnte sich die feindliche Außenpolitik Deutschlands gegenüber Polen ändern

Von Magdalena Żuraw

28. 09. 2021



Tomasz Sakiewicz · Bildquelle: [Niezalezna.pl](https://niezalezna.pl) (Screenshot)

Deutschland wird seine Außenpolitik gegenüber Polen nach den Bundestagswahlen nicht mehr so aggressiv betreiben, weil es keine so dominante Partei in Deutschland mehr geben wird, glaubt der Chefredakteur der Gazeta Polska Tomasz Sakiewicz

Seit Montagmorgen liegt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit 25,7 Prozent leicht vor der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU/CSU) (24,1 Prozent) im Bundestag. An dritter Stelle liegen in den Umfragen die Grünen mit 14,6 Prozent, gefolgt von der rechtspopulistische AfD mit 11 Prozent. Für die Christdemokraten ist es das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte.

Der Chefredakteur der Gazeta Polska, Tomasz Sakiewicz, glaubt, dass sich die deutsche Politik gegenüber den mitteleuropäischen Ländern nach den aktuellen Wahlen abschwächen wird.

„Nicht nur, dass Angela Merkel – die stärkste Person in der deutschen Politik – in den Ruhestand geht, es treten auch neue Politiker an, und die werden die Stimmen Mitteleuropas etwas mehr berücksichtigen müssen, weil sie keine so starke Position haben werden. Sie haben auch untereinander radikal unterschiedliche Konzepte“, sagte er.

Sakiewicz prognostizierte, dass eine CDU-Grüne-Koalition sehr wahrscheinlich sei. Er erklärte, dass sich die deutsche Politik ändern und nicht mehr so aggressiv gegenüber Polen sein werde.

„Nicht, weil Deutschland sich verändert hat, sondern weil die Faust der einen Hand nicht mehr so fest geschlossen sein wird“, sagte er.

Sakiewicz glaubt, dass die aktuellen Wahlergebnisse keine direkte Folge der Migrationssituation sind, da das Thema während des Wahlkampfes nicht weit verbreitet war.

„Obwohl ich denke, dass der jüngste Anstieg der Unterstützung für die CDU, die eigentlich erdrutschartig verlieren sollte, ein wenig von der Tatsache beeinflusst worden sein könnte, dass wieder etwas mit den Migranten passiert“, sagte er dem Nachrichtensender des polnischen öffentlichen Fernsehens TVP Info.

Sakiewicz wies darauf hin, dass einerseits die Migrationsfrage Angela Merkel schwer belaste, andererseits aber einige Wähler wüssten, dass die linken Parteien die Grenzen noch weiter öffnen würden.

Er stimmte auch der Auffassung zu, dass die Welt den neuen deutschen Bundeskanzler frühestens nach einigen Tagen, wenn nicht Wochen oder gar Monaten kennenlernen werde.

Sakiewicz ist der Meinung, dass Merkels Amtszeit für Polen schrecklich war.

„Es war eine Zeit, in der die polnisch-deutschen Beziehungen als gut galten, während sie in Wirklichkeit ungleich waren. Als Polen versuchte, sie anzugleichen, wurde ihm gesagt, dass die Beziehungen schlecht seien“, bewertete er.

Quelle: Niezalezna.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Marsch für das Leben und die Familie in Warschau

28. 09. 2021



Marsch für das Leben und die Familie in Warschau · Bildquelle: VP

Am Sonntag, den 19. September, füllten sich die Straßen des historischen Zentrums von Warschau mit Teilnehmern des Marsches für das Leben und die Familie. Die Veranstaltung wurde bereits zum sechzehnten Mal in Folge organisiert. Letztes Jahr fanden solche Märsche am selben Tag in 140 polnischen Städten statt, aber dieses Jahr wurde die Veranstaltung aufgrund der sanitären Situation nur in der Hauptstadt organisiert. Das Motto des diesjährigen Marsches lautete „Papa, sei mit mir, führe mich, beschütze mich“, und die Organisatoren wollten damit besonders [Kardinal Stefan Wyszyński würdigen](#), der eine Woche zuvor seliggesprochen worden war. Der Mann, den die Polen als Primas des Jahrtausends bezeichnen, war bekannt für sein Engagement für die Verteidigung von Ehe und Familie sowie für seinen Widerstand gegen die Abtreibung, die von den Kommunisten legalisiert und verharmlost worden war, nach dem Vorbild dessen, was heute in mehreren westeuropäischen Ländern praktiziert wird, vor allem in Frankreich und Großbritannien, die nach Russland die mit Abstand höchste Abtreibungsrate unter den europäischen Ländern haben.

Die Organisatoren des Zentrums für Leben und Familie (*Centrum Życia i Rodziny*) und des Christlich-Sozialen Kongresses (*Chrześcijański Kongres Społeczny*) wurden vor der Veranstaltung von Staatspräsident Andrzej Duda begrüßt, der bereits im vergangenen Jahr

als einfacher Teilnehmer an dem Marsch teilgenommen hatte. Die Initiative wurde auch von vielen konservativen Medien und katholischen Organisationen, Journalisten, Sportlern, Schauspielern und Priestern unterstützt. Die Teilnehmer wurden auf Twitter vom Vorsitzenden der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, begrüßt. Im Anschluss an den Marsch wurde in der Heilig-Kreuz-Kirche in der Krakauer Vorstadt (*Krakowskie Przedmieście*) unweit des Präsidentenpalasts eine Messe gefeiert. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die für ihre lebensbejahende Haltung bekannt sind, schlossen sich dem Umzug der Familien an, darunter der Ombudsmann für Kinderrechte, Mikołaj Pawlak, die nationalistischen Abgeordneten Robert Winnicki und Krzysztof Bosak von der *Konfederacja* und der stellvertretende Klimaminister Jacek Ozdoba von *Solidarna Polska*, der Partei von Justizminister Zbigniew Ziobro, der der PiS-geführten Regierungskoalition der Vereinigten Rechten angehört. Die PiS selbst war bei der Demonstration am 19. September nicht vertreten, zumindest nicht offiziell.



[Paweł Ozdoba](#)
[@PawełOzdoba](#)

Ulice Warszawy pełne uśmiechniętych i szczęśliwych rodzin! Dziękujemy, że jesteście z nami!



[12:07 nachm. · 19. Sep. 2021](#)

https://twitter.com/PawełOzdoba/status/1439531598295207936?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwtterm%5E1439531598295207936%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fmarsch-fuer-das-leben-und-die-familie-in-warschau%2F

„Die Straßen von Warschau sind voller lächelnder und glücklicher Familien! Danke, dass Ihr mit uns seid!“

Aber ist es heute in Polen noch notwendig, gegen Abtreibung zu demonstrieren und für den Schutz der Voranstellung von Ehe und Familie zu kämpfen? Immerhin konnten die

polnischen Pro-Life-Bewegungen im vergangenen Jahr einen großen Erfolg für das Recht auf Leben feiern: Nach langem Kampf hat das Verfassungsgericht [die eugenische Abtreibung für illegal erklärt](#), und Abtreibungen sind in Polen nur noch dann erlaubt, wenn die Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung ist oder wenn sie das Leben oder die körperliche Gesundheit der schwangeren Frau gefährdet. Darüber hinaus haben Dutzende von lokalen Behörden, darunter mehrere Woiwodschaften, zwischen 2019 und 2020 eine [Charta für Familienrechte](#) (die vom Institut Ordo Iuris, einer Vereinigung von Pro-Life- und Pro-Familien-Anwälten, ausgearbeitet wurde) verabschiedet, die Vorschläge zur Stärkung von Ehe und Familie auf lokaler Ebene enthält, und viele andere haben Erklärungen verabschiedet, in denen sie versprechen, [die LGBT-Ideologie nicht zu fördern](#).

Pro-Familien- und Pro-Life-Anhänger in Polen sind sich jedoch bewusst, dass der Kampf für sie noch lange nicht gewonnen ist. Trotz des Verbots werben Abtreibungshändler und Abtreibungsbefürworter im öffentlichen Raum für ihre Dienste (die in der Regel Reisen ins Ausland oder den Versand von Abtreibungspillen per Post umfassen), ohne von Polizei und Staatsanwaltschaft behelligt zu werden. In der Tat herrscht in diesem Bereich ein Klima der Straflosigkeit, da die Regierung von Mateusz Morawiecki, wie auch frühere Regierungen, sich weigert, zu reagieren. Was die Familie betrifft, so versucht das Europäische Parlament [mit seiner Entschließung vom 14. September](#) über die Anerkennung von „Homo-Ehen“ in allen EU-Mitgliedstaaten erneut, dem Heimatland des Heiligen Johannes Paul II. ein anderes Familienmodell aufzuzwingen. Darüber hinaus übt die Kommission zunehmend Druck aus, [um ihre brandneue „Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ in der EU“ durchzusetzen](#), und droht damit, Polen [über den „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“](#) EU-Mittel zu entziehen oder [Zahlungen an Regionen auszusetzen](#), die Beschlüsse gefasst haben, die nicht mit den in Brüssel vorherrschenden progressistischen Ideen übereinstimmen. Infolgedessen geben einige polnische Woiwodschaften wie Klempen und Heiligkreuz ihr früheres Engagement für den Schutz und die Förderung der Familie auf, um wichtige Finanzmittel nicht zu verlieren.

Justizminister Zbigniew Ziobro bezeichnete vergangene Woche die ideologische Erpressung der Europäischen Kommission als „Wirtschaftsterrorismus“, während gleichzeitig die in Städten wie Warschau oder Danzig verabschiedeten LGBT+-Chartas, auf die die Charta der Familienrechte und die Erklärungen der lokalen Behörden gegen die LGBT-Ideologie abzielten, weiterhin in Kraft bleiben und nicht von den europäischen Gremien unter Druck gesetzt werden. Doch die Anfang 2019 vom Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski unterzeichnete LGBT+-Erklärung sieht beispielsweise vor, die Förderung der LGBT-Ideologie in Schulen durchzusetzen, unter anderem durch die Einbeziehung von Mitgliedern von LGBT-Lobbyverbänden und durch die umstrittenen Standards für die Sexualaufklärung in Europa, während die EU-Grundrechtecharta das Recht der Eltern festschreibt, ihre Kinder nach ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen. Die Warschauer LGBT+-Erklärung schreibt außerdem vor, dass Unternehmen, die für die Stadtverwaltung arbeiten wollen, eine interne Politik zur Förderung von LGBT-Einstellungen und -Ideen verfolgen müssen, was gegen die EU-Vorschriften zum freien Wettbewerb verstößt.



Aufschrift auf dem Transparent: „Ja zum Leben“ – Bild: Agnieszka Golańska-Bault

Die Postulate des Marsches für das Leben und die Familie wurden von Robert Bąkiewicz, einem der Anführer der Nationalen Bewegung und Organisator einer anderen populären Veranstaltung in Polen, dem [Unabhängigkeitsmarsch](#), formuliert. Am Ende der Demonstration wandte er sich an die Menge:

„Wir sind hier versammelt, um polnische Kinder zu schützen, um ihnen das Recht zu geben, geboren zu werden [...], um polnische Kinder zu schützen, die einer verderbten Ideologie ausgesetzt sind, die leider in unseren Schulen präsent ist [...]. Es ist nicht hinnehmbar, dass die natürliche Ordnung und das Recht des polnischen Staates vom Europäischen Parlament untergraben und angegriffen werden, während das polnische Parlament schweigt [...] Es ist nicht hinnehmbar, dass extremistische Gruppen Verbrechen im Zusammenhang mit der Abtreibung fördern und rechtfertigen, während der Generalstaatsanwalt [der Justizminister, NdR.] so tut, als würde er die Anstiftung zu Verbrechen nicht sehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die parlamentarischen Ausschüsse, die den [Bürgerentwurf zur Kündigung der geschlechterideologischen Istanbul-Konvention](#) beraten sollten, seit über sechs Monaten nicht mehr zusammenkommen konnten. Das ist einfach inakzeptabel!“



Das Plakat für die Demonstration

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Polnisches Innenministerium: „Personen, die die Republik bedrohen“. Wir haben die Identität der Migranten festgestellt

27. 09. 2021



Sprecher des Ministers für Innere Angelegenheiten und Verwaltung, Koordinator der Sonderdienste Stanisław Żaryn · Quelle: PAP / Marcin Obara

Wie der Sprecher des Ministers für den Koordinator der Sonderdienste, Stanisław Żaryn, auf einer Pressekonferenz mitteilte, wurde die Identität von mehreren hundert illegalen Einwanderern, die sich in Grenzschutzzentren aufhalten, bereits festgestellt.

- Zwei Drittel der überprüften Personen wurden aufgrund der Bedrohung für die Sicherheit der Republik Polen für eine eingehende Überprüfung ausgewählt. Aus den von ihm vorgelegten Informationen geht hervor, dass ein Viertel der untersuchten Personen möglicherweise „gefährliche Verbindungen“ haben und „an unrechtmäßigen Praktiken“ beteiligt waren, so Żaryn. – Bei jeder zehnten Person gebe es Hinweise auf mögliche Verbindungen zu terroristischen Organisationen, Straftaten und Menschensmuggel, fügte er hinzu.

Nach Angaben von Żaryn befanden sich unter den Migranten Personen, die eine Kampfausbildung und Erfahrung im Umgang mit Waffen hatten. – 20 Prozent der Menschen hätten eine – oft langfristige – Verbindung zum Gebiet der Russischen Föderation, sagte er.

- Die Dienste, die die Identität und Glaubwürdigkeit von Personen in bewachten Zentren untersuchten, fanden auch Hinweise auf pädophile Aktivitäten und Beweise für Zoophilie, berichtete Żaryn.

Einer der illegalen Einwanderer ist der irakische Staatsbürger Husham M. H., der mit einem Kämpfer des sogenannten Islamischen Staates in Kontakt gestanden haben soll. Żaryn präsentierte auch Fotos aus dem Telefon eines afghanischen Bürgers, Yousufi H., die Hinrichtungen und die Leichen ermordeter Menschen zeigen.

Außerdem wurden zahlreiche Beweise für die Verbindungen der Inhaftierten zu Russland vorgelegt.

Ferner wurden Fotos veröffentlicht, die auf die Mitgliedschaft in paramilitärischen Bewegungen oder terroristischen Organisationen hinweisen, sowie pädophiles und zoophiles Material.

Leiter des Innenministeriums: Ich werde der Regierung empfehlen, den Ausnahmezustand zu verlängern.

- Die Lage an der weißrussisch-polnischen Grenze ist angespannt. Es gibt massive Versuche, die Integrität der Grenze zu verletzen. Menschen, die die Grenze überschreiten, halten sich legal in Weißrussland auf. Seit August wurden 9400 Versuche unternommen, die Grenze illegal zu überschreiten“, sagte der Leiter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung, Mariusz Kaminski, auf einer Pressekonferenz.

- 50 Personen unter den 200 Inhaftierten stehen in Verbindung mit terroristischen Kreisen, Milizen, bewaffneten Formationen, den Taliban und dem Islamischen Staat – sagte er.

- Ich werde der Regierung empfehlen, den Ausnahmezustand an der polnisch-weißrussischen Grenze zu verlängern“, teilte er mit.

Ausnahmezustand an der Grenze

Seit dem 2. September ist im Grenzstreifen zu Weißrussland der Ausnahmezustand in Kraft, der 183 Ortschaften umfasst. Sie wurde durch eine Anordnung von Präsident Andrzej Duda, die auf Antrag der Regierung erlassen wurde, für 30 Tage eingeführt. Dabei geht es um Migranten, die in der Nähe der Grenze kampieren und von weißrussischen Diensten dorthin gebracht werden. Soldaten der polnischen Armee wurden zur Unterstützung der Grenzschutzbeamten entsandt.

Der Leiter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung, Mariusz Kaminski, erklärte, die Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze könne noch viele Monate andauern. Er sagte auch, dass Lukaschenkos Regime beschlossen habe, eine visafreie Regelung mit Ländern wie Pakistan, Jordanien, Ägypten und Südafrika einzuführen.

Quelle: [Do Rzeczy](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen könnte infolge des Bergbaustreits mit Tschechien V4-Zusammenarbeit aussetzen

22. 09. 2021



Mateusz Morawiecki -

Foto: Olaf Kosinsky, CC BY-SA 3.0 de,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=71114529>

Inoffiziellen Berichten zufolge sind Politiker der regierenden polnischen PiS-Partei verärgert darüber, dass die Klage Tschechiens vor dem Europäischen Gerichtshof im Zusammenhang mit dem Braunkohlebergwerk Turów im deutsch-tschechisch-polnischen Dreiländereck dazu geführt hat, dass der EuGH Polen zu einer Geldstrafe von 500.000 Euro pro Tag verurteilt hat

Die polnische Regierung hat die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Polen hohe Geldstrafen aufzuerlegen, weil es die Förderung in der Braunkohlegrube Turów nicht eingestellt hat, entschieden zurückgewiesen. Das oberste europäische Gericht entschied, dass die polnische Regierung 500.000 Euro pro Tag an die Europäische Kommission zahlen muss, weil Polen keine vorläufigen Maßnahmen zur Aussetzung des Abbaus ergriffen hat.

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wies darauf hin, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs das Ergebnis einer Klage Tschechiens gegen Polen sowie eines „Mangels an gutem Willen“ auf Seiten Prags bei den Verhandlungen mit Warschau sei.

„Wenn die Europäische Union und der EuGH das Leben und die Gesundheit der Polen riskieren wollen und sich nicht um unsere mehrseitige Argumentation kümmern, dann

glaube ich, dass die Situation auf den Kopf gestellt wurde“, sagte er und betonte, dass die Regierung mit dem Ergebnis nicht einverstanden sei.

Von einem anonym bleiben wollenden PiS-Politiker war sogar zu hören:

Eine Aussetzung unserer Aktivitäten innerhalb der V4 auf höchster Ebene wäre ein radikaler Schritt, aber ein vorübergehender könnte notwendig sein, bis der Konflikt beigelegt ist.

Regierungsvertreter haben diese Information nicht bestätigt, doch Regierungssprecher Piotr Muller räumte ein, dass die Regierung im Rahmen der EU-Mechanismen eine Reihe von Szenarien in Betracht zieht.

Die nächste Verhandlungsrunde über Turów wird am Freitag in Prag stattfinden.

Quelle: [TVP.info](https://www.tvp.info)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Polen: IPN nimmt sich Richter und Staatsanwälte aus der Zeit des Kommunismus vor

21. 09. 2021



Karol Nawrocki, Präsident des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) · Quelle: PAP / Radek Pietruszka

Justizverbrechen, die während der Periode des polnischen Kriegsrechts begangen wurden, erfordern konkrete Schritte seitens des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), um die Immunität von Richtern und Staatsanwälten aufzuheben, die damals strafrechtlich tätig waren, sagte Karol Nawrocki, der Präsident des Instituts für Nationales Gedenken.

Am Montag fand in Warschau eine Pressekonferenz statt, die sich mit den Aktivitäten der Hauptkommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation durch das IPN befasste, die darauf abzielt, Richter und Staatsanwälte aus der Zeit der Volksrepublik Polen wegen illegaler Inhaftierung von Personen zu belangen, die sich der Einführung des Kriegsrechts widersetzt und gegen die kommunistischen Behörden protestiert hatten.

Wiederherstellung der Gerechtigkeit

- Es gibt immer noch viele Menschen, denen in den 1980er Jahren, insbesondere während des Kriegsrechts, Unrecht widerfahren ist und die zumindest auf eine symbolische Wiederherstellung der Gerechtigkeit warten“, sagte Karol Nawrocki, Präsident des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), auf der Pressekonferenz.

Er fügte hinzu: „Beispiele, die sich auf Opfer von Richtern und Staatsanwälten aus der Zeit des Kriegsrechts beziehen, auf Gerichtsverbrechen aus dieser Zeit, erfordern heute konkrete Maßnahmen des Instituts des Nationalen Gedenkens in Richtung der Aufhebung der Immunität von Richtern und Staatsanwälten, die während des Kriegsrechts strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden.

Pozorski: Wir dürfen das nie vergessen

Der Leiter der Ermittlungsabteilung des Instituts für Nationales Gedenken, Staatsanwalt Andrzej Pozorski, erklärte seinerseits, dass die Justiz der Volksrepublik Polen mehrere Dutzend Urteile mit repressivem Charakter gefällt habe. – Wir dürfen diese Urteile nie vergessen, und sie sollten einer strengen juristischen Prüfung unterzogen werden – betonte er.

Das IPN erklärte in einem Kommuniqué, dass „die Entscheidungen von Richtern und Staatsanwälten, vor allem der Militärjustiz, zur Freiheitsberaubung von Menschen geführt haben, die in verschiedenen Formen ihren Widerstand gegen die Einführung des Kriegsrechts gezeigt haben und die Bürger ihrer Grundrechte und -freiheiten beraubt haben“. „Diese Menschen wurden verurteilt und unterdrückt, obwohl sie keine Straftaten begangen hatten, während ihre Opposition auf die Äußerung politischer Meinungen im Rahmen des damals geltenden Gesetzes reduziert wurde, das nach der politischen Wende in Polen vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. – wurde geschrieben.

Quelle: [Institut für Nationales Gedenken](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Polen: IPN nimmt sich Richter und Staatsanwälte aus der Zeit des Kommunismus vor

21. 09. 2021



Karol Nawrocki, Präsident des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) · Quelle: PAP / Radek Pietruszka

Justizverbrechen, die während der Periode des polnischen Kriegsrechts begangen wurden, erfordern konkrete Schritte seitens des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), um die Immunität von Richtern und Staatsanwälten aufzuheben, die damals strafrechtlich tätig waren, sagte Karol Nawrocki, der Präsident des Instituts für Nationales Gedenken.

Am Montag fand in Warschau eine Pressekonferenz statt, die sich mit den Aktivitäten der Hauptkommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation durch das IPN befasste, die darauf abzielt, Richter und Staatsanwälte aus der Zeit der Volksrepublik Polen wegen illegaler Inhaftierung von Personen zu belangen, die sich der Einführung des Kriegsrechts widersetzt und gegen die kommunistischen Behörden protestiert hatten.

Wiederherstellung der Gerechtigkeit

- Es gibt immer noch viele Menschen, denen in den 1980er Jahren, insbesondere während des Kriegsrechts, Unrecht widerfahren ist und die zumindest auf eine symbolische Wiederherstellung der Gerechtigkeit warten“, sagte Karol Nawrocki, Präsident des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), auf der Pressekonferenz.

Er fügte hinzu: „Beispiele, die sich auf Opfer von Richtern und Staatsanwälten aus der Zeit des Kriegsrechts beziehen, auf Gerichtsverbrechen aus dieser Zeit, erfordern heute konkrete Maßnahmen des Instituts des Nationalen Gedenkens in Richtung der Aufhebung der Immunität von Richtern und Staatsanwälten, die während des Kriegsrechts strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden.

Pozorski: Wir dürfen das nie vergessen

Der Leiter der Ermittlungsabteilung des Instituts für Nationales Gedenken, Staatsanwalt Andrzej Pozorski, erklärte seinerseits, dass die Justiz der Volksrepublik Polen mehrere Dutzend Urteile mit repressivem Charakter gefällt habe. – Wir dürfen diese Urteile nie vergessen, und sie sollten einer strengen juristischen Prüfung unterzogen werden – betonte er.

Das IPN erklärte in einem Kommuniqué, dass „die Entscheidungen von Richtern und Staatsanwälten, vor allem der Militärjustiz, zur Freiheitsberaubung von Menschen geführt haben, die in verschiedenen Formen ihren Widerstand gegen die Einführung des Kriegsrechts gezeigt haben und die Bürger ihrer Grundrechte und -freiheiten beraubt haben“. „Diese Menschen wurden verurteilt und unterdrückt, obwohl sie keine Straftaten begangen hatten, während ihre Opposition auf die Äußerung politischer Meinungen im Rahmen des damals geltenden Gesetzes reduziert wurde, das nach der politischen Wende in Polen vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. – wurde geschrieben.

Quelle: [Institut für Nationales Gedenken](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

(Beitrag auf den Seiten 165 und 166 wiederholt sich....]

Tschechien

10) 80. Jahrestag des Reichsprotectorats über Böhmen und Mähren unter Reinhard Heydrich

28. 09. 2021



Reichsprotektor Reinhard Heydrich · *Bildquelle: Prague Morning*

Vor genau 80 Jahren, am 28. September 1941, kam Reinhard Heydrich auf Hitlers Befehl nach Prag, um das Amt des Reichsprotectors anzutreten. Er war 37 Jahre alt.

Bei einer Zusammenkunft von NS-Funktionären einige Tage vor seiner Ankunft in Prag brachte er klar zum Ausdruck, wie er mit der Bevölkerung des Protektorats Böhmen und Mähren umgehen wollte.

Auf Juden, Zigeuner und andere Menschen wartete die „Endlösung“ in den Vernichtungslagern, während die Slawen entweder ermordet oder germanisiert und so weit wie möglich nach Osten gebracht werden sollten.

„Das böhmisch-mährische Gebiet darf niemals in einem Zustand belassen werden, in dem die Tschechen es für sich beanspruchen könnten... Dieser Raum muss ein für allemal deutsch sein, damit die Tschechen am Ende keinen Anspruch darauf erheben können“, sagte Heydrich in dieser Rede.

Reinhard Heydrich war einer der direkten Mitplaner des Holocausts – sowohl der Idee, Homosexuelle, Juden, geistig oder körperlich Behinderte, Zigeuner und andere zu ermorden, als auch der Methoden zur Durchführung des Völkermords – Todeslager, Germanisierung und rassische/ethnische Pogrome.

Das tragische Schicksal der tschechischen und mährischen Juden und Zigeuner begann unter seiner Herrschaft.

Heydrich hinterließ eine blutige Spur in der tschechischen Geschichte: Während des viermonatigen Ausnahmezustands, den er nach seiner Ernennung zum Reichsprotektor ausrief, wurden 486 Menschen zum Tode verurteilt und mehr als 2.100 Tschechen landeten in Konzentrationslagern.

Heydrich dezimierte praktisch den gesamten tschechischen Widerstand, der es ihm mit seiner Ermordung heimzahlte. Wie Professor Václav Černý kurz und bündig geschrieben hat: „Heydrich kam, um die tschechische Nation zu ermorden, und die tschechische Nation ermordete ihn.“

Heydrichs Hauptziele waren die Steigerung der Waffenproduktion für die Nationalsozialisten in den Fabriken im Protektorat und die Vorbereitung der Germanisierung – und später der Liquidierung – des tschechischen Volkes.

Dazu gehörte die Forderung und Festigung einer kollaborativen Politik, bei der er nicht nur die bloße Zustimmung forderte, wie sie der tschechoslowakische Präsident Hácha gegeben hatte, sondern die aktive Teilnahme, wie sie der tschechoslowakische Armeeoberst Emanuel Moravec vorlebte.

Die tschechoslowakische Exilregierung in London beschloss, Heydrich durch speziell ausgebildete Luftlandesoldaten liquidieren zu lassen. Das Attentat fand am 27. Mai 1942 statt.

Heydrich war der ranghöchste Nazi, der vom Widerstand getötet wurde. Als Vergeltung für Heydrichs Tod vernichteten die Deutschen die Dörfer Lidice und Ležáky; im Oktober 1942 wurden 262 Menschen in Mauthausen ermordet, weil sie den Fallschirmjägern geholfen hatten, die das Attentat verübt hatten.

Quelle: [Prague Morning](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowakei

11) Die slowakische Art, sich der Geschichte zu stellen

Von István Krómer

26. 09. 2021



Außenminister Ivan Korčok · Quelle: YouTube/Europäischer Ausschuss der Regionen

Haben Sie gehört, dass sich die slowakische Regierung für die beschämenden Bestimmungen der Beneš-Dekrete entschuldigt hat, die die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten der Bürger ungarischer und deutscher Herkunft einschränken, und dass sie die Tragödie, die unschuldige Opfer gefordert hat, zutiefst bedauert? Sie haben mich fast richtig verstanden.

Die Entschuldigung erfolgte in der Tat öffentlich unter Verwendung der genannten Begriffe, nachdem die Regierung der Slowakischen Republik sich moralisch verpflichtet fühlte, ihr Bedauern über das von der ehemaligen Staatsmacht begangene Verbrechen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Das Verbrechen, um das es hier geht, waren jedoch nicht die Beneš-Dekrete, sondern die Veröffentlichung des Codex Judaicus/Zidovsky kodex vor achtzig Jahren, die den Juden aufgrund ihrer „rassischen“ Identität ihre Menschen- und Bürgerrechte vorenthielt und es ihnen unmöglich machte, sich zu bilden und ein freies gesellschaftliches Leben zu führen. So wie die Slowaken es vier Jahre später mit den ungarischen und deutschen Bürgern taten – jetzt im Wissen um die Tragödie der Juden.

Außerdem wurde die ethnische Säuberung unter Benesch nicht gemäß einer imperialen ideologischen Forderung durchgeführt, wie es unter dem slowakischen Marionettenstaat Tiso der Fall war. Im Gegenteil: 1945 erhielt die Tschechoslowakei auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte trotz ihrer großen Bemühungen nicht das Mandat, die Ungarn in der Slowakei einseitig zu vertreiben, sondern nur die ungarisch-tschechoslowakische

Bevölkerung auszutauschen. Was damit nicht gelöst wurde, machten sie dadurch wett, dass sie die verbliebenen Ungarn zur Zwangsarbeit ins Sudetenland deportierten, ihnen den Gebrauch ihrer Muttersprache untersagten und ihre Schulen wegnahmen.

Unter Anwendung der hohen moralischen Standards der Erklärung der slowakischen Regierung zum jüdischen Kodex und unter Verwendung der Sprache dieser Erklärung können wir all dies zu Recht als Verbrechen bezeichnen, wie es László Kövér, der Präsident des ungarischen Parlaments, kürzlich bei der Einweihung des Somorja-Denkmal für die aufgrund der Beneš-Dekrete deportierten Ungarn und Deutschen getan hat. „Die Entmündigung, Demütigung und Vertreibung aus der Heimat ist noch immer eine unvollendete Geschichte in unserer Erinnerung und eine offene Wunde in unserer Seele. Der gemeinsame christliche Glaube der Ungarn und Slowaken und das gemeinsame Schicksal Mitteleuropas sowie das gemeinsame Interesse unserer Staaten verpflichten uns alle, die offenen Wunden unserer gemeinsamen Geschichte des 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert zu heilen.“

Aber in Ermangelung eines gemeinsamen Glaubens, eines gemeinsamen Schicksals und eines gemeinsamen Interesses haben die slowakischen Politiker es bisher versäumt, die einfachen, aber klaren Worte zu sprechen, die sie als ihre moralische Pflicht gegenüber den verfolgten Juden betrachteten. Die wenig konfrontativen Worte des ungarischen Präsidenten lauteten: „Wir erwarten mit sanfter, aber unerschütterlicher Geduld Ihre Geste der Entschuldigung und Genugtuung für die Verbrechen, die an den Ungarn begangen wurden, um des Friedens willen für kommende Generationen“.

Der slowakische Außenpolitiker Ivan Korčok reagierte darauf eher verärgert und wies die Idee, dass einer der höchsten öffentlichen Würdenträger Ungarns „seine eigene Lesart der Geschichte in der Slowakei präsentiert“, entschieden zurück: „Wir erhalten ständig Botschaften und Vorträge aus Budapest über unsere gemeinsame Geschichte.“ Bratislava seinerseits hat das Buch der Vergangenheit geschlossen, aber wenn Vertreter des ungarischen Staates in der Öffentlichkeit über Themen sprechen, „die uns in das tragische 20. Jahrhundert zurückversetzen, schürt das nur negative Emotionen“.

Krisztián Forró, der Vorsitzende der Ungarischen Gemeinschaftspartei (MKP) im „Hochland“ (ung. Felvidék, ein Begriff, gegen den sich Korčok besonders vehement wehrte), gab eine treffende Antwort, indem er sagte, dass dieses Kapitel der Vergangenheit nicht einseitig abgeschlossen werden kann, da „der Schatten der kollektiven Schuld immer noch da ist, sogar auf unseren Kindern“. Die Vergangenheit muss abgeschlossen werden, aber nicht, indem die strittigen Fragen unter den Teppich gekehrt werden. Denn nach den Worten von Péter Őry, Mitglied des MKP-Vorstands, wird das Ansprechen ungelöster Probleme und das Aufbegehren gegen deren Unterdrückung auch 2021 eine Provokation für die slowakische politische Elite darstellen.

György Gyimesi, ein ungarischer Abgeordneter der führenden slowakischen Regierungspartei OĽaNO, sagte, dass wir Ungarn an die gleiche moralische Genugtuung denken, die den Juden zuteil wurde; oder den Deutschen, bei denen sich das slowakische Parlament in einer EntschlieÙung entschuldigte. Norbert Hegedűs, ein Journalist aus dem „Hochland“, sagte, eine Entschuldigung bei den verfolgten Ungarn sei längst überfällig, koste nichts und sei eine wichtige Geste. Die Tatsache, dass das slowakische Parlament seit 1993 nicht in der Lage war, dies zu tun, ist ein Zeichen für die Kleinlichkeit der führenden Politiker des Landes. László Bukovszky, der Minderheitenbeauftragte der slowakischen Regierung, sagte, die slowakische und die ungarische Regierung sollten eine Erklärung zur gegenseitigen Versöhnung verabschieden, die seit mehr als zwei Jahrzehnten

aufgeschoben wurde. „Dieses Thema sollte auf eine professionelle Basis gestellt werden. Lassen wir den Historikern ihren Raum“, fügte er hinzu.

Es ist eine historische Tatsache, dass das Gesetz, das die Deportation der slowakischen Juden am 15. Mai 1942 anordnete, vom Parlament in Bratislava fast einstimmig verabschiedet wurde. Nur ein Abgeordneter stimmte dagegen, Graf János Esterházy, ein Vertreter der in der Slowakei verbliebenen ungarischen Minderheit, mit den Worten: „Als Ungar und Christ und als Katholik halte ich den Vorschlag für pietätlos und unmenschlich“. Dieser Mann, der sich nicht 80 Jahre später, sondern zum Zeitpunkt der Entscheidung moralisch verpflichtet fühlte, den Codex Judaicus zu verurteilen, wird vom slowakischen Staat immer noch als Kriegsverbrecher betrachtet... Hier beginnt der professionelle Diskurs.

Der Autor, István Krómer, ist Journalist.

Quelle: [Magar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn

12) Erdgasstreit: Das ungarische Außenministerium bestellt den ukrainischen Botschafter ein

28. 09. 2021



Péter Szijjártó, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel · Foto: MTI / Zsolt Szigetváry

„Wir halten es für eine Verletzung unserer Souveränität, dass die Ukraine die sichere Gasversorgung Ungarns verhindern will. Wir werden dagegen vor Gericht gehen und haben den ukrainischen Botschafter am Dienstag ins ungarische Außenministerium gebeten“, erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó auf seiner Social-Media-Seite.

In seinem Beitrag erinnerte Szijjártó daran, dass am Montag der Vertrag mit Gazprom unterzeichnet wurde, der die Gasversorgung Ungarns für die nächsten fünfzehn Jahre garantiert.

„Dies ist ein großer Erfolg, denn zum einen ist in der heutigen unsicheren Welt alles, was Vorhersehbarkeit bietet, von großem Wert, und zum anderen haben wir uns auf eine Preisformel geeinigt, die die langfristige Nachhaltigkeit der Ergebnisse der Gaspreissenkungen sicherstellt“, so der Minister.

Er fügte hinzu:

Die Entscheidung der ukrainischen Regierung, den Vertrag bei der Europäischen Kommission anzufechten, ist jedoch zutiefst empörend.

Der Minister stellte in seinem Beitrag klar, dass „es die Ukrainer nichts angeht, mit wem wir übereinstimmen und was wir mit wem vereinbaren“. Wir halten es für eine schwerwiegende Verletzung unserer Souveränität und unserer nationalen Sicherheitsinteressen, dass sie die sichere Versorgung unseres Landes mit Gas, die Beheizung der Häuser der ungarischen Bevölkerung und den Betrieb der Industrie verhindern wollen.

Szijjártó bezeichnete den Schritt der ukrainischen Seite als unfreundlich nach all der Unterstützung, die die Ukraine bisher von Ungarn erhalten hat, z. B. in Form von Beatmungsgeräten, medizinischer Ausrüstung, Versorgung von Soldaten, Ferienaufenthalten für Kinder und Finanzierung von Investitionen.

Der Versuch, unsere Souveränität zu verletzen, wird ins Leere zielen, und der ukrainische Botschafter wurde nun ins Außenministerium einbestellt

- schrieb der Leiter des Außenministeriums auf seiner Facebook-Seite.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Nachdem das ungarische Außenministerium den ukrainischen Botschafter in Budapest einbestellt hat, hat das Außenministerium in Kiew reagiert und seinerseits den ungarischen Botschafter einbestellt, um die ukrainische Seite über den Standpunkt Ungarns zum Gasgeschäft mit dem russischen Gaskonzern Gazprom vom Montag zu informieren, sagte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleh Nikolenko, am Dienstag gegenüber dem ukrainischen Fernsehen RBK-Ukraine.

RBK-Ukraine erinnerte auch an die Ansicht Kiews, dass russische Gaslieferungen nach Ungarn unter Umgehung der Ukraine „die nationale Sicherheit der Ukraine und die Energiesicherheit Europas untergraben“ und dass das Abkommen den ukrainisch-ungarischen Beziehungen einen schweren Schlag versetze.

Am Dienstagmorgen zitierten Kiewer Medien den ukrainischen Außenminister Dmitro Kuleba, der dem ukrainischen Fernsehsender ICTV sagte, Ungarn habe den ungarisch-ukrainischen Beziehungen einen Schlag versetzt, indem es die ukrainische Gaspipeline nach der Unterzeichnung eines Abkommens mit Gazprom vom russischen Gasversorgungssystem ausgeschlossen habe. Der Minister erklärte, die Ukraine werde angemessen reagieren.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Orbán: Jede neue Kirche ist ein Bollwerk im Kampf für die Freiheit und Größe der Nation

26. 09. 2021



Ministerpräsident Viktor Orbán spricht bei einem Festgottesdienst anlässlich der Einweihung der reformierten Kirche der Einheit in Pesterzsébet - *Foto: MTI/Zoltán Máthé*
miniszterelnök beszédet mond az ünnepi istentiszteleten a pesterzsébeti református Összetartozás-templom felszentelésén 2021. szeptember 26-án. MTI/Máthé Zoltán

Die Ungarn können nur als Christen überleben, und jede neue Kirche ist eine Bastion im Kampf für die Freiheit und Größe der Nation, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán am Sonntag bei der Einweihung der reformierten Kirche der Einheit in Pesterzsébet.

In seiner Begrüßungsansprache beim Gottesdienst sagte der Ministerpräsident, dass „wir Ungarn seit tausend Jahren eine kirchenbildende Nation sind“. Er sagte jedoch, dass wir heute in anderen Zeiten als zur Zeit des heiligen Stefan leben: Es gibt heute nicht mehr kirchenbildende Nationen in Europa als damals, sondern immer weniger.

Er sagte: Westeuropa befindet sich heute in einer Phase der „kulturellen und zivilisatorischen Dislokation und des Ungleichgewichts“, die große historische Rolle und Mission, die die christlich-christliche europäische Zivilisation in den letzten 500 Jahren gespielt hat, wird jetzt geschwächt und zerfällt. Westeuropa hat sein Sendungsbewusstsein, sein kulturelles und geistiges Erbe aufgegeben, es hat seine Zukunft einfach weggeworfen.

„Ich muss daran denken, wie oft sie versucht haben, die Menschen so weit zu bringen, dass sie keine Kirchen mehr bauen, sondern nur noch Moscheen“, sagte er.

Gleichzeitig betonte er, dass die Ungarn den seit tausend Jahren eingeschlagenen Weg „weder verlassen noch abdriften“ wollen, was aber möglich ist, wenn sie erkennen, dass der Staat und die Kirchengemeinschaften zusammenarbeiten müssen.

Er erinnerte den Ministerpräsidenten daran, dass diese Zusammenarbeit auch durch das Grundgesetz sanktioniert wird, in dem es heißt, dass der Schutz der verfassungsmäßigen Identität und der christlichen Kultur Ungarns die Aufgabe aller Staatsorgane ist. In einer auf christlichen Grundlagen beruhenden Demokratie habe der Staat nicht nur die Aufgabe, sondern auch die Pflicht, Verantwortung für die traditionellen Gemeinschaften zu übernehmen, von der Familie über die Kirchengemeinden bis hin zur Nation.

„Unsere Geschichte lehrt uns, dass die Ungarn nur als Christen überleben können. Ein Land mit Grenzen, aber einer grenzenlosen Seele: das ist Ungarn. Wir sind nicht nur eine kirchenbildende Nation, sondern um zu überleben, müssen wir eine kirchenbildende Nation sein. Jede neue Kirche ist ein Bollwerk im Kampf für die Freiheit und Größe der Nation“, sagte er.

Aus diesem Grund seien seit 2010 150 neue ungarische Kirchen in Ungarn und in den von Ungarn bewohnten Gebieten des Karpatenbeckens gebaut; mehr als dreitausend Kirchen in Ungarn und im Ausland sind erneuert worden, so der Ministerpräsident weiter.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Viktor Orbán hat die Europäische Kommission schachtmatt gesetzt: Er kommt auch ohne NRRP-Gelder gut zurecht

Von Sabina Popescu

24. 09. 2021



Viktor Orbán · Bildquelle: BZ

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán geht keine Kompromisse aus politischen Gründen ein. Er kündigte an, dass Ungarn „unabhängig von den Maßnahmen Brüssels“ über eine ausreichend starke finanzielle Basis verfüge, um alle Projekte in Angriff zu nehmen, die seine Bürger angesichts der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Krise benötigen.

Viktor Orbán kann ohne Geld der Europäischen Kommission auskommen: „Günstige, vielleicht noch nie dagewesene Bedingungen

Sollte die von Viktor Orbán geführte Regierung „aus politischen Gründen“ die Gelder aus dem NRRP der Europäischen Kommission nicht erhalten, werde Ungarn die fehlenden Mittel auf den internationalen Märkten im Alleingang beschaffen, kündigte der ungarische Premierminister an.

Ungarns Finanzminister habe dieses Problem „auf brillante Weise“ gelöst und Geld durch einen Kredit beschafft, „dessen Bedingungen in einer vielleicht beispiellosen Weise günstig sind“, sagte Viktor Orbán laut flux24.

Die Ankündigung erfolgt inmitten der Spannungen zwischen der Europäischen Kommission und Ungarn wegen des von Viktor Orbán verabschiedeten und unterstützten LGBT-feindlichen Gesetzes. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat erklärt, dass er nicht beabsichtigt, Finanzmittel der Europäischen Kommission anzunehmen, wenn diese an die Förderung von Pro-LGBT-Gesetzen geknüpft sind.

Ungarn wird EU-Gelder zugunsten des Schutzes ungarischer Bürger ablehnen

Viktor Orbán ist nicht bereit, die von der Europäischen Kommission im Rahmen des Nationalen Konjunkturprogramms zur Verfügung gestellten Mittel anzunehmen, wenn diese

von der Verabschiedung von Gesetzen abhängig gemacht werden, die „Informationen über Homosexualität einschränken“.

Ungarn soll von den EU-Beamten rund 7,2 Milliarden Euro im Rahmen des NRRP erhalten, aber Viktor Orbán weigert sich, das Geld anzunehmen, wenn es von der LGBT-Förderung abhängt.

Die EU-Beamten haben die NRRP mehrerer EU-Länder genehmigt, nicht aber von Ungarn, das Gegenstand eines Berichts von EU-Beamten ist, der als Instrument zur Nichtgenehmigung der dem Land zugesagten EU-Mittel dienen könnte.

Die Europäische Kommission hat sich nicht ausdrücklich dazu geäußert, dass die Nichtgenehmigung des NRRP durch Ungarn etwas mit dem von ungarischer Seite verabschiedeten Anti-LGBT-Gesetz zu tun hat. Laut dem ungarischen Dekret verzögert die Europäische Kommission hingegen die Genehmigung des NRRP „wegen der politischen Ablehnung der nationalen Kinderschutzgesetze“.

Ungarn wird nur ein Abkommen akzeptieren, in dem „die Europäische Kommission Ungarn keine Bedingungen auferlegt, die nicht auch für andere Mitgliedstaaten gelten“.

Quelle: Evz.rom

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Das Ungarn-Bild in Deutschland 1990–2021

Von Zsolt K. Lengyel

22. 09. 2021



Viktor Orbán und Angela Merkel · Bildquelle: corvinak.hu

Ungarn ist in den meinungsbestimmenden Medien Deutschlands nicht wohlgefallen. Die ungarische Demokratie muss sich seit rund einem Jahrzehnt vorwerfen lassen, in eine Diktatur abzugleiten oder bereits in einem Unrechtssystem angekommen, jedenfalls fremdenfeindlich zu sein. Die Wurzeln dieses Vorwurfs reichen in die Anfangsjahre des politischen Umbruchs vor gut drei Jahrzehnten zurück. Das heutige Bild vom diktatorischen Ungarn soll die ideologischen und parteipolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland und in der Europäischen Union im linksliberalen Sinne beeinflussen.

Die Verquickung der Berichterstattung mit machtpolitischen Interessen wurde im Zuge der Wahlen zum Europäischen Parlament sowie der ungarischen Kommunalwahlen 2019 immer stärker. **Der überwiegende Teil der deutschen Medien drückt heute der ungarischen Opposition die Daumen, will also zum Sturz Viktor Orbáns beitragen.** Daher wird bis zu den ungarischen Parlamentswahlen 2022 die Ideologisierung des deutschen Ungarn-Bildes wohl weiter zunehmen – auf Kosten des Qualitätsjournalismus.

1. Der Meinungsumschwung

Es ist ein eigenartiges Phänomen der jüngeren deutsch-ungarischen Beziehungsgeschichte, dass die wohlwollende Betrachtung Ungarns in der späten Kádár-Ära ausgerechnet zu dem Zeitpunkt erste Kratzer bekam, als das Land in die Demokratie aufbrach. Um 1990 tauchte ein neues Element im Ungarn-Bild der deutschen Publizistik auf: Die junge ungarische Demokratie geriet zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Im Hintergrund ereignete sich der **seit dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts traditionelle innerungarische Kulturkampf zwischen zwei geistigen Strömungen, die sich in ein linksliberal-rechtskonservatives Raster einfügten und in das konfliktbeladene jüdisch-christliche Verhältnis mit jeweils ausgeprägten Identitätsmerkmalen eingebettet waren und wohl auch noch sind.** Jene ungarische Elite, aus der sich im jungen Mehrparteiensystem die Linke aufstellte, meldete einen Alleinvertretungsanspruch auf den Liberalismus an. Zugleich lehnte sie den nationalen Gedanken nicht nur für sich selbst ab, sondern warf dessen Verfechtern Rückwärtsgewandtheit vor und sprach ihnen die Demokratietauglichkeit ab. Im Gegenzug wurde ihr vorgeworfen, anational, ja sogar antinational zu sein.

2. Die Voraussage erfüllt sich

Das Bild vom Nationalismus und Antisemitismus in Ungarn entstand seit den frühen 1990er Jahren durch den einseitigen Eingriff der deutschen Medien in den ungarischen Kulturkampf. Schon ab 2009 verbreitete sich in den Printmedien die Voraussage des Abweges der ungarischen Demokratie in die Diktatur. Die Prophezeiung ist dann ab Frühjahr 2010 für die Mehrheit der in der ersten Presseöffentlichkeit maßgeblichen deutschen Publizisten wahr geworden. Die herausgehobene Reizfigur der deutschen politischen Journalistik, der ungarische Ministerpräsident ist erst zeitversetzt, gleichsam schrittweise in jene Streitbereitschaft hineingewachsen, die deutsche Korrespondenten und Kommentatoren sowie Politiker in Berlin, Brüssel und Straßburg ihm gegenüber schon um 2010 bezeugt hatten.

Die im Spätsommer 2015 eskalierte **Flüchtlings- und Migrantenkrise hat die Neigung der deutschen Journalistenzunft weiter gestärkt, dem politischen und kulturellen Ungarn Xenophobie vorzuwerfen, ja Fremdenfeindlichkeit als Strukturmerkmal der ungarischen Diktatur zu bezeichnen.** Die abfälligen Beurteilungen sind seit Jahren im Bogen von Antisemitismus über Antiziganismus, großungarischen Nationalismus, Muslimfeindlichkeit und seit jüngerem Homophobie so dicht und so tief angelegt, dass

das **Gesamtbild** auch dann **negativ bleibt**, wenn sich der eine oder andere Vorwurf als haltlos erweist. **Das Verdikt** stellt hauptsächlich das politische System Ungarns in der „**Orbanokratie**“ **an den Pranger, bezieht aber immer wieder die gesamte Gesellschaft Ungarns mit ein**. Zwei allgemeine Merkmale der journalistischen Rundumschläge waren schon zu Beginn der 2010er Jahre die Personifizierung des Übels in der Gestalt eines einzigen Mannes, nämlich Viktor Orbáns, und die Vernetzung einzelner Ausdrucksformen eben jenes Übels.

3. Die Sprache der Abweisung

Brandmarkungen historischer Konnotation waren in der deutschen Ungarn-Berichterstattung der vergangenen zehn Jahre **Sprachmittel zur Verurteilung des Landes**. Verbale Derbheiten gaben auch aktive Politiker aus dem linken Spektrum von sich. Bald wurde es zum Brauch, den Vorwurf des **in Ungarn neugeborenen Nationalismus mit dem Adjektiv völkisch aus dem Vokabular des rassistischen Konzepts zu untermauern**. Gerne ziehen deutsche Publizisten **Parallelen zwischen „Orbanistan“ und dem Dritten Reich**, etwa im Zusammenhang mit der Familienpolitik Budapests, die als „Fortpflanzungspakt“ an die „NS-Zeit“ erinnern würde.

Für die Kennzeichnung der Stellung des ungarischen Regierungschefs wurde und wird auch der in deutscher Sprachform **diskreditierende Begriff „Führerdemokratie“ verwendet**. Ähnlich unsäglich klingt gerade in deutschen Ohren **„Fidesz über alles“**, der Titel eines Artikels über die Partei Orbáns, der vom **Anlass der Verabschiedung der neuen Verfassung Ungarns 2011** in der Die Welt erschienen war. Aus der Reihe der verbalen Derbheiten ragen einige Begriffe heraus, so **„Schandfleck“ Europas**, „**Wertezersetzung**“ durch Viktor Orbán, zugleich die Forderung, **„diesen Wertetumor zu neutralisieren“**. Milder klingt im Vergleich zu der im Deutschland der 1930er Jahre missbrauchten Krebsmetapher die **„kranke Demokratie“** Ungarns, die von **„Viktor Orbáns Virus“** befallen sei.

2011, 2012 und 2015 stellten Karikaturen in der Süddeutschen Zeitung in mehreren Sprachen – und auch online – Ungarn als Neandertaler an der Tür Europas dar,

als Staat, dessen Regierungschef Nachhilfe in Demokratie nehmen müsse, und als Gemeinwesen, das von Nationalstolz volltrunken sich abschotte.

4. Der imaginäre Hebel in den nationalen und internationalen Machtkämpfen

Das journalistische Bild vom autoritären bis diktatorischen Ungarn ist in der jüngsten Vergangenheit zum imaginären Hebel geworden: Es soll parteipolitische Auseinandersetzungen in Deutschland und in der Europäischen Union beeinflussen. Immer wieder formulierten Presseleute vorab Festlegungen für die politische Szene, wie sie selbst von der politischen Klasse wiederholt auch als Sprachrohr verwendet wurden. Diese Verquickung mit machtpolitischen Interessen hat infolge der Wahlen zum Europaparlament und der ungarischen Kommunalwahlen 2019 sowie durch Positionierungen für die 2021 in Deutschland und 2022 in Ungarn bevorstehenden Bundestags- beziehungsweise Parlamentswahlen einen neuen Höchststand erreicht.

Die für die ungarische Opposition im Europäischen Parlament gewonnenen Sitze sind ein Garant dafür, dass ungarische Innenpolitik in erheblichem Maße in Straßburg und in Brüssel stattfindet, wo sich die Gegner der Orbán-Regierung der Vermittlungshilfe deutscher Medien sicher sein können.

Das Ungarn-Bild in Deutschland entsteht heutzutage, wie bereits zu Beginn der 1990er Jahre, in nennenswertem Maße in Ungarn.

Der deutsch-französische Kultursender **Arte** TV strahlte am Vorweihnachtstag **2020** erstmals die umfangreiche Dokumentation **„Hallo, Diktator. Orbán, die EU und die Rechtsstaatlichkeit“** aus. Dieser als investigativ aufgemachte **Werbefilm für einen 2019 gewählten deutschen Europaabgeordneten der Grünen**, gedreht auch in Budapest, legt alle Skrupel vor einer **parteipolitischen Propaganda** ab.

5. Die deutsche Maske des Regenbogens

Die deutschen Medien haben in ihrem Kampf für die ungarische Demokratie im Frühsommer dieses Jahres ein neues Kapitel aufgeschlagen. **Im Juni 2021 verkündeten sie, dass die Homo- und die Transsexualität ein europäischer Wert sei, der in Ungarn mit Füßen getreten werde.** Die Regenbogen-Beleuchtung der Münchener Allianz Arena beim Fußballländerspiel Deutschland–Ungarn wurde in trauter Kooperation zwischen einem grünen Stadtrat und dem SPD-Oberbürgermeister geplant.

Die anschließende Kampagne gegen das homophobe Ungarn entfaltete durch die gegenseitige Bedingtheit des deutschen und des ungarischen Wahlkampfes eine Explosivität, die selbst die Intensität des üblichen deutschen Ungarn-Bashings übertraf.

Sie förderte aber zugleich – erstmals seit vielen Jahren – auch selbstkritische Stimmen im rechten wie linken Spektrum des tonangebenden deutschen Journalismus zutage. Ein Artikel warf der „Politik für die eigene Erleuchtung“ vor, **ihr Mitgefühl für die betroffene community nur zu heucheln.** Selbst im linken Berliner Tagesspiegel zeigte sich der Korrespondent der Chefredaktion vom „Kampf zwischen Gut und Böse“ befremdet. Er war bestürzt über den Versuch, „moralische Überlegenheit“ gegenüber „angeblich rückständigen EU-Partnern“ vorzuführen, und betroffen von der Inszenierung eines „Aufrufs zu Toleranz“, der jedoch ein ganzes Land moralisch anklage, „Nation gegen Nation“ stelle. Ein Autor von Tichys Einblick nahm aus anderer politischer Perspektive ebenfalls **„deutsche Überheblichkeit“** in der Pressekampagne wahr, bei der es **„offensichtlich nicht um die Rechte von Schwulen und Lesben, sondern einzig und allein wieder einmal darum gehe, dass die Deutschen die besten sind“.**

6. Das Feindbild

Nach einer verbreiteten Lesart sei die Verantwortung für die seit 2010 zunehmende Schroffheit der Ausdrucksweise und die Grobheit der Bewertungen letztlich einer Person zuzuschreiben.

Im Visier steht Viktor Orbán.

Schlüsselmoment für seine anhaltende **Dämonisierung ist seine Rede im Juli 2014 über die „illiberale Demokratie“**, die über die Jahre vor allem politische Gegner zu seiner Abqualifizierung verwendet haben. Auf der gemeinsamen Budapester Pressekonferenz am 2. Februar 2015 wandte auch Angela Merkel kritisch ein, dass der christdemokratische Wortschatz für sie neben sozial und konservativ auch liberal beinhalte.

Die Standpunkte der Kanzlerin und des ungarischen Ministerpräsidenten sind seither im Wesentlichen unverändert geblieben. Der Ministerpräsident sicherte zwar in einer programmatischen Rede vom Frühherbst 2020 die Unverletzlichkeit von Rechtsstaat und

Menschenrechten zum ungezählten Male zu, er umriss dafür aber – wie 2014 – den Bezugsrahmen einer illiberalen Demokratie. So liegt der Bann der deutschen Kanzlerin, somit auch der maßgeblichen deutschen Medienlandschaft nach wie vor über dem Reizwort, mit dem **Orbán 2014 nicht den Vorsatz zu antidemokratischen Beschränkungen oder gar zur diktatorischen Einschränkung von Freiheitsrechten ausdrückte**, deren er seither geziehen wird. **Das Ungarn-Bild bildet jedenfalls die persönliche Fehde zwischen den Spitzen der beiden Regierungen getreu ab.**

7. Die Besseren

Der publizistisch-politische Streit mit Ungarn wird im Kern vom Dilemma zwischen der repräsentativen Demokratie, die in Ungarn mit dem direktdemokratischen Instrument des Volksentscheids angereichert ist, und dem europäischen Gemeinschaftsrecht getragen.

Vordergründig verläuft der Graben zwischen der als fremdenfeindlich abgestempelten rechten und der linksliberalen Demokratie, die sich als einzige Sachwalterin des Europäertums begreift.

Diesem Gegensatzpaar entspricht die Kluft zwischen zwei **politischen Idealgebilden**: dem **Europa der Nationen und den Vereinigten Staaten von Europa**.

Mit den nimmermüden Rückverweisen auf europäische Werte hat sich der Liberalismus unserer Tage in weiten Teilen der Gesellschaft mit dem Nimbus einer angeblichen Höherwertigkeit versehen, der im Wettbewerb mit dem Selbstbehauptungswillen der Nationen und Nationalstaaten **die Missbilligung Ungarns in der medialen und politischen Öffentlichkeit rechtfertigen soll.**

8. Die ungarische Rolle in der deutschen Vergangenheitsbewältigung

Der um 2010 geöffnete Kreis der **verbalen Brandmarkungen „Orbánistans“** hat sich **auf der Deutschen Welle** im Februar 2021 auf besondere Weise geschlossen.

Die Reportage „Orbán baut Budapest um“ stellt anhand ausschließlich oppositioneller Aussagen die großangelegten Restaurationsarbeiten in der ungarischen Hauptstadt auf der Burg und auf dem Kossuth-Platz als „Machtarchitektur“

zur Befriedigung der **Sehnsucht nach der Zwischenweltkriegs- und Weltkriegszeit** unter Reichsverweser Miklós Horthy dar, **die der jüdischen Bevölkerung im heutigen Budapest die Angst** vor einer erneuten Deportation einjage. Hervorstechendes Merkmal dieser Anschuldigung ist der gegenseitige Missbrauch von Machern und ungarischen Gestaltern des Films. Die ungarische Seite lässt sich in die Bewältigung deutscher Vergangenheit, die deutsche in den innerungarischen Wahlkampf einspannen. Die zahlreichen und größtenteils ablehnenden Kommentare zu dieser manipulativen Auslegung auf YouTube veranschaulichen beispielhaft die in der Regel kritische Einstellung der zweiten und dritten Medienöffentlichkeit zur stromlinienförmigen Berichterstattung.

9. Die Bildungskrise des deutschen politischen Journalismus

Das unversöhnliche deutsche journalistische Befremden gegenüber Strukturen und Entwicklungen in Ungarn erklärt sich einerseits aus praktischen und parteipolitischen Gründen. Zur **sprachlich bedingten Unkenntnis oder Teilkenntnis von Einzelheiten des Gegenstandes** gesellt sich die **einseitige Auswahl der Informationsquellen**.

Die meinungsführenden deutschen Medien verfolgen offenkundig das Ziel, zum Sturz von Viktor Orbán beizutragen.

Die parteiischen Darstellungen gehen einem rationalen Austausch von Argumenten und Gegenargumenten aus dem Weg, lassen einen Diskurs mit gegenteiligen Standpunkten gar nicht erst zu. **Anstatt Tatsachen zu erschließen, zu analysieren und zu vermitteln, betreiben sie im Thema Ungarn vornehmlich Stimmungsmache.** So sind sie in eine fachliche Bildungskrise hineingeschlittert.

Andererseits entspringen Polemik und Tonfall der in den deutschen Medien mehrheitlichen Meinungsrichtung aus der Ignoranz gegenüber der ideellen Gemütslage eines Volkes, das geschichtsbewusster als das gegenwärtige deutsche ist. In Ungarn ergab sich aus der **vor drei Jahrzehnten erlangten nationalstaatlichen Unabhängigkeit eine Aufwertung des im anationalen und atheistischen Kommunismus verpönten Patriotismus, der auf Vaterlandsliebe beruht** und eben kein aggressiv ausgrenzender Nationalismus ist, wie ihn deutsche Beobachter zu diffamieren pflegen.

Der Konflikt findet letzten Endes zwischen einer kollektivistischen und einer individualistischen Nationsanschauung statt.

Dabei liegt eine besondere Erschwernis darin, dass sich die ungarische und die deutsche Nationskonzeption in jüngerer Zeit asynchron entwickelt, jeweils versteift, somit voneinander entfernt haben. An ihren ideologischen Rändern nehmen die beiden Seiten aber das gleiche Phänomen ins kritische Visier: die liberale Nation.

Analog zur Logik des innerungarischen Kulturkampfes bestehe für die deutsche Linke zwischen liberaler Ordnung und nationalen Interessen ein Gegensatz, während **für Teile der ungarischen Rechte Ungarn mit seiner national begründeten Staatsräson den Liberalismus ablehnen müsse.**

10. Ist eine Versachlichung möglich?

Die liberaldemokratische Unerbittlichkeit gegenüber dem „Orbán-Regime“ hat mit ihrer langen Dauer sowie breiten Fächerung **einen Imageverlust verursacht, der in der deutschen Gesellschaft Sympathien, die Ungarn und Magyaren noch verblieben sind, immer mehr gefährdet.** Auch im Ungarn-Narrativ der kulturell-wissenschaftlichen Kreise haben sich Mutmaßungen als Gewissheiten eingenistet, die nicht hinterfragt zu werden brauchen und inzwischen Dogmenstatus einnehmen. **So sprechen Meinungsmacher in der deutschen Historiografie Nationsentwürfen die Demokratiefähigkeit ab, wenn sie sich politisch und ethnisch-kulturell zu begründen wünschen und deshalb auf der Praxis ihrer staatlichen Souveränität bestehen.**

Es steht zu hoffen, dass auf der politischen Ebene die deutsch-ungarischen Spannungen abnehmen, und die deutsch-ungarische Wiederannäherung zeitnah auch im gesellschaftlichen Bereich möglich ist. Doch selbst für diesen Fall wäre noch eine anspruchsvolle Aufgabe zu bewältigen.

*Es sollte ein verborgener Schatz gehoben werden: **der europäische Wert der Gleichrangigkeit.***

Was in Deutschland richtig ist, das muss es nicht auch in Ungarn sein – und umgekehrt. Daher bietet es sich an, **die regionalen Eigenarten sehr wohl zu würdigen.** Es weckt womöglich neues Vertrauen, wenn die beteiligten Seiten es unterlassen, das eigene

Gedankensystem in allen Belangen für überlegen zu halten. **Wenn sie ihren freien Willen gegenseitig anerkennen, dann wären sie auch frei, einander als gleichberechtigt zu betrachten.** Das urliberale Prinzip der toleranten Freiwilligkeit könnte – wenn es denn geraten ist –, dem schwächeren europäischen Akteur erleichtern, zu Lasten eigener Wahrheiten mit Augenmaß einzulenken, und den stärkeren ermutigen, mit maßlosen Anklagen aufzuhören.

Der Autor, Dr. phil. habil. Zsolt K. Lengyel, ist ungarisch-deutscher Historiker und Politologe (Universität Regensburg) sowie MCC visiting fellow.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CORVINAK.HU](https://www.corvinak.hu) und danach in deutscher Übersetzung bei [UNGARNREAL](https://www.ungarnreal.de), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Viktor Orbán: „Was Brüssel tut, ist Verrat“

21. 09. 2021



Viktor Orbán am ersten Tag der Herbstsitzung des Parlaments · *Fotó: MTI/Koszticsák Szilárd*

Viktor Orbán erklärte am ersten Tag der Herbstsitzung des ungarischen Parlaments, dass die Balkan-Migrationsroute wieder einmal überfüllt sei und dass Soros-NGOs weiterhin Migranten unterstützen.

„Brüssel und Berlin schießen Ungarn ständig in den Rücken, weil es sich gegen die Migration wehrt, aber wir werden nicht nachgeben und die Grenzen trotz des politischen Drucks schützen“, so der Ministerpräsident.

„Was Brüssel tut, ist Verrat.“

Der Ministerpräsident bezeichnete die Migrationsdebatte als Verrat an Europa und fügte hinzu, dass die Migrationsdebatte die europäische Einheit auseinander reiße.

Orbán betonte:

„Brüssel hat unser Land angegriffen, weil wir keine sexuelle Propaganda im öffentlichen Unterricht und in den Medien zulassen.“

Brüssels Forderungen seien absurd und widersprüchen der ungarischen Auffassung, dass die sexuelle Erziehung der Kinder in der Verantwortung der Eltern liege, erklärte der Ministerpräsident.

„Unsere Position ist klar: Wir werden dem Druck nicht nachgeben, und das ungarische Volk wird bei dem Referendum das letzte Wort haben.“

Die Menschen seien empört darüber, dass Brüssel sie bereits erpresse und die Meinung des ungarischen Volkes nicht hören wolle.

„In unserem Land entscheidet das Volk über Migration und Kinderschutz, aber in Westeuropa entscheidet nicht das Volk, sondern die Elite. Was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anbelangt, sollte jeder vor der eigenen Tür kehren“, so Orbán.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Budapest: Die „vertriebene“ Soros-Universität

Von Viktor Orbán

20. 09. 2021



Viktor Orbán · Bildquelle: Ungarnreal

Die Zeit ist aus den Fugen! Man hielt **eine Konferenz** in der Innenstadt von Budapest ab, und zwar **im Gebäude der CEU, in der Nádor Straße**. Seit Jahren höre ich von liberalen Politikern und den sie unterstützenden Medien, dass die ungarische Regierung die Universität schließen ließ und sie aus Budapest vertrieben hat.

Laut den Pressenachrichten gab es am 16. und am 17. September auf dem Budapester Campus der Central European University, eine für die Presse öffentlich zugängliche internationale Konferenz, an der auch herausragende Vertreter des liberalen akademischen und politischen Lebens teilnahmen. Wie konnte das alles geschehen? Auf die Weise,

dass jene, die bisher mit der Schließung der Universität Kampagne gemacht haben, offensichtlich nicht die Wahrheit gesagt haben.

Wir, Ungarn, sind nicht überrascht, denn wir wissen, wie **George Soros** und sein Team arbeiten. Der ungarische Spekulant hat es immer verstanden, **das Auftreten gegen seine geschäftlichen Unternehmungen so erscheinen zu lassen, als wäre das eine schreckliche gesellschaftliche Ungerechtigkeit oder wären dies gerade gegen seine Person gerichtete bössartige, antisemitische Angriffe**. Doch was mochten jene renommierten Forscher, Politiker und Intellektuelle gedacht haben, die auf der Konferenz erschienen waren und dort vortrugen? Wie sie wohl ihren Auftritt an der Universität mit der Lüge in Einklang brachten, die CEU sei durch die ungarische Regierung aus Budapest vertrieben worden? **Was empfinden wohl diese Wissenschaftler, Experten, Politiker**

jetzt, die ihre ganze fachliche Glaubwürdigkeit verloren haben, weil sie auf die durch George Soros und sein globales Netzwerk verbreitete Lüge hereingefallen sind? Peinlich, sehr peinlich. Vielleicht sollte man auch hierüber eine Konferenz auf dem Budapester Campus der CEU veranstalten.

Ungarn wird im Zusammenhang mit der Soros-Universität aus dem Grund attackiert, weil es nicht zuließ, dass der Spekulant und Milliardär auch weiter seine Macht missbrauchte. In den '90-er Jahren erließ der treue Verbündete von Soros, **Bálint Magyar**, der Bildungsminister der liberal-exkommunistischen Regierung eine Regelung, die gegenüber den ungarischen Universitäten **der Soros-Universität einen unbegründeten Wettbewerbsvorteil garantierte**. Wir haben diese Rechtslücke geschlossen und angeordnet,

dass alle in Ungarn ins Leben gerufenen ausländischen Universitäten entsprechend der gleichen Bedingungen arbeiten und die Rechtsvorschriften einhalten sollen.

Alle Universitäten haben ohne Probleme die juristischen Voraussetzungen erfüllt. Es gab eine einzige Ausnahme: die Soros-Universität. Für ihren Gründer zahlte es sich nämlich besser aus, unnötig um Hilfe zu rufen, **eine internationale Kampagne gegen Ungarn zu organisieren**, als die erlangten Privilegien aufzugeben.

Eine Lüge führt nur zur anderen.

Möge hier die Topliste der größten Lügnerinnen und Lügner sowie der Lügen stehen.

- **Guy Verhofstadt** schrieb über eine „ganz Europa betreffende Schande“.
- **Judith Sargentini** sagte in einem selbstproduzierten Kurzfilm: *Die CEU sei vertrieben worden.*
- Und der durch die **Europäische Kommission** angefertigte Länderbericht 2020 schreibt: **„Die CEU hat ihre wissenschaftliche Tätigkeit in Ungarn beendet.“**

Es ist die Schande der gesamten EU, dass die angesprochenen, faktisch falschen Behauptungen als Grundlage von juristischen Verfahren der EU dienen.

Quo vadis Europa?

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Ungarisches Original: www.miniszterelnok.hu/az-eluldozott-egyetem

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Viktor Orbán: „Was Brüssel tut, ist Verrat“

21. 09. 2021



Viktor Orbán am ersten Tag der Herbstsitzung des Parlaments · *Fotó: MTI/Koszticsák Szilárd*

Viktor Orbán erklärte am ersten Tag der Herbstsitzung des ungarischen Parlaments, dass die Balkan-Migrationsroute wieder einmal überfüllt sei und dass Soros-NGOs weiterhin Migranten unterstützen.

„Brüssel und Berlin schießen Ungarn ständig in den Rücken, weil es sich gegen die Migration wehrt, aber wir werden nicht nachgeben und die Grenzen trotz des politischen Drucks schützen“, so der Ministerpräsident.

„Was Brüssel tut, ist Verrat.“

Der Ministerpräsident bezeichnete die Migrationsdebatte als Verrat an Europa und fügte hinzu, dass die Migrationsdebatte die europäische Einheit auseinander reiße.

Orbán betonte:

„Brüssel hat unser Land angegriffen, weil wir keine sexuelle Propaganda im öffentlichen Unterricht und in den Medien zulassen.“

Brüssels Forderungen seien absurd und widersprüchen der ungarischen Auffassung, dass die sexuelle Erziehung der Kinder in der Verantwortung der Eltern liege, erklärte der Ministerpräsident.

„Unsere Position ist klar: Wir werden dem Druck nicht nachgeben, und das ungarische Volk wird bei dem Referendum das letzte Wort haben.“

Die Menschen seien empört darüber, dass Brüssel sie bereits erpresse und die Meinung des ungarischen Volkes nicht hören wolle.

„In unserem Land entscheidet das Volk über Migration und Kinderschutz, aber in Westeuropa entscheidet nicht das Volk, sondern die Elite. Was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anbelangt, sollte jeder vor der eigenen Tür kehren“, so Orbán.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Ungarn schmiedet internationale Pro-Familien-Allianz.
Familienfreundliche Kräfte aus ganz Europa treffen sich zum 4. Demografiegipfel in Budapest

Von Balázs Molnár

19. 09. 2021



Katalin Novák, Ministerin ohne Geschäftsbereich für Familien, spricht auf einer Pressekonferenz anlässlich der Bekanntgabe des Programms des IV. Budapester Demografiegipfels im Ministerium für Humanressourcen, 2. September 2021 · Foto: MTI/Lajos Soós

Nahezu alle Länder der entwickelten Welt stehen vor erheblichen demografischen Herausforderungen, und kein Land in Europa hat heute genug Kinder, um sich selbst zu versorgen. Die Lebenserwartung bei der Geburt verlängert sich, so dass immer weniger Erwerbstätige für eine wachsende Zahl nicht erwerbstätiger älterer Menschen sorgen müssen. Nach jahrzehntelanger ehrlicher Arbeit würde eine Generation älterer Menschen

jedoch zu Recht erwarten, dass sie mit Anerkennung und Wertschätzung gesehen wird und nicht als Nachhaltigkeitsproblem. Die meisten entwickelten Volkswirtschaften sehen sich bereits kurzfristig mit einem erheblichen Arbeitskräftemangel konfrontiert, insbesondere bei hochqualifizierten Tätigkeiten.

Doch die europäischen Entscheidungsträger erwähnen die Förderung der Geburt europäischer Kinder nicht als Lösung. Stattdessen drängen sie auf Zuwanderung, und da diese am wenigsten geeignet ist, den Bedarf ihrer Volkswirtschaften an qualifizierten Arbeitskräften zu decken, werden sie von den Ländern, die seit 2004 beigetreten sind, abgezogen. Die positiven Auswirkungen des Massenzustroms von Migranten auf die Arbeitsmärkte werden durch die jüngste Nachricht widerlegt, dass die deutsche Post Zusteller aus Ungarn einstellt.

Die EU-Daten für das Jahrzehnt 2010–2020 zeigen, dass Länder, die die Entvölkerung nicht durch die Förderung der Migration, sondern durch die Unterstützung der Geburt ihrer eigenen Kinder und die Stärkung der Familien verringern wollten, einen nachhaltigen Anstieg der Geburtenrate verzeichnen konnten. Von allen EU-Mitgliedstaaten hat Ungarn den stärksten Anstieg der Geburtenrate zu verzeichnen – um ein Viertel. Die Bedeutung dieser positiven Veränderung kommt vielleicht besser dadurch zum Ausdruck, dass im vergangenen Jahrzehnt 115.000 ungarische Babys mehr in Ungarn geboren wurden, als wenn die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, auf dem Niveau von 2010 geblieben wäre.

In den vergangenen zehn Jahren ist die Geburtenrate in 16 Mitgliedstaaten gesunken und in 11 gestiegen, wobei nur Deutschland (11 %) zu den Mitgliedstaaten mit einer liberalen Einwanderungspolitik gehört, während unter den Mitgliedstaaten, die die Einwanderung ablehnen und den Wohlstand ihrer eigenen Familien fördern, Ungarn, alle Visegrad-Partner, Lettland, Litauen und Rumänien einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen haben. Im Gegensatz dazu sind die Geburtenraten in den Hauptzielländern der Migration, wie Frankreich, Schweden, Belgien und den Niederlanden, ebenfalls deutlich zurückgegangen.

Die Unterstützung der Geburt von Kindern, die sich die europäischen Bürger wünschen, ist auch für die Erhaltung und Pflege unserer jüdisch-christlichen Kultur von wesentlicher Bedeutung.

Es ist ermutigend festzustellen, dass die überwältigende Mehrheit der europäischen Bürger nach wie vor familienorientiert ist und sich im Durchschnitt mehr als zwei Kinder wünscht, wobei nur fünf Prozent die Kinderlosigkeit als Ideal ansehen. Es geht jetzt um nichts Geringeres als das Überleben der europäischen Völker einerseits und um die Bewahrung einer Mentalität und Kultur für künftige Generationen, die für Ungarn, Tschechen, Polen, Slowaken, Deutsche, Franzosen, Balten, Serben, Bosniaken, Kroaten, Italiener usw. einzigartig ist, andererseits.

Heute sind Ungarn und Mitteleuropa zum Fahnenträger und wichtigsten Fürsprecher für die Sache der Familien geworden. Erklärtes Ziel der Pro-Familien-Regierung ist es, alle, die etwas für Familien tun wollen, zusammenzubringen und eine internationale Pro-Familien-Allianz zu bilden. Aus diesem Grund ist Ungarn zum vierten Mal Gastgeber des Budapester Demografie Gipfels. An der Veranstaltung werden Staats- und Regierungschefs, Kirchen- und NRO-Führer, Minister, Forscher, Akademiker, Wirtschaftsführer und Journalisten teilnehmen, um sich für die Sache der Familien einzusetzen.

Wir freuen uns, dass in diesem Jahr neben dem Präsidenten der Republik Serbien, den Ministerpräsidenten der Visegrad-Länder und Sloweniens auch der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika und das serbische Mitglied der

Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina anwesend sein werden. Dieses prestigeträchtige politische Schaufenster ist auch eine Bestätigung für die pronatalistische Politik unseres Landes, denn es zeigt, dass wir nicht allein sind, dass wir von den Ideen und bewährten Verfahren der anderen lernen können, dass wir bei der Bewältigung von Herausforderungen helfen und Erfahrungen austauschen können.

In diesem Jahr wird sich der Gipfel auf die nachhaltige Zukunft unseres Planeten konzentrieren. Es wird auch viele Stimmen geben, die zumindest zum Teil das Kinderkriegen und das erweiterte Familienleben für den Klimawandel verantwortlich machen. Viele junge Menschen könnten durch diese Meinungen entmutigt werden und ihre Pläne, Kinder zu bekommen oder weniger Kinder zu haben, aufgeben, zumal auch viele bekannte Persönlichkeiten diese Ansicht vertreten. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass der Schutz unserer Umwelt, unseres Ökosystems, eine gemeinsame Verantwortung ist. Familienangehörige sind sich dieser Verantwortung bewusst, denn sie wollen ihren Kindern und Enkeln eine lebenswerte und vielfältige Umwelt erhalten. Es ist daher kein Zufall, wie die internationale Forschung unseres Instituts zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Familienmitglieder ihre Kinder umweltbewusst erzieht, dass sie den Umweltschutz ernst nimmt, dass sie die getrennte Müllsammlung als selbstverständlich ansieht und dass sie auch durch die vermehrte Nutzung von Haushaltsgegenständen, Kleidung und Autos zur Nachhaltigkeit beiträgt: Der ökologische Fußabdruck pro Kopf ist bei Familienmitgliedern deutlich kleiner als bei Menschen ohne Kinder. Die Ursachen der ökologischen Krise sind in einem globalistischen Wirtschaftssystem zu suchen, das den Überkonsum fördert, und nicht in Familien und Familien mit Kindern.

Die traditionelle Familie, die traditionelle Ehe, das Kinderkriegen und die Kindererziehung stehen heute unter ständigem ideologischen Beschuss.

Die Worte des heiligen Johannes Paul II. sind daher heute so aktuell wie 1979 in Warschau. „Fürchte dich nicht!“

Die Teilnehmer des IV. Budapester Demografie Gipfels scheuen sich nicht, ein Bekenntnis zur Familie, zum Kinderkriegen und -erziehen abzulegen, denn ohne Kinder gibt es keine nachhaltige Zukunft.

Der Autor ist Vizepräsident des Mária Kopp Instituts für Bevölkerung und Familien

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Ungarn wird seine Werte verteidigen, sagt Justizministerin Varga

18. 09. 2021



Ungarns Justizministerin Judit Varga - *Quelle: Facebook*

Eltern sind die einzigen, die über die sexuelle Erziehung ihrer Kinder entscheiden dürfen, so Judit Varga

Die ungarische Justizministerin Judit Varga hat einen Brief an EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton geschrieben, in dem sie das ungarische Kinderschutzgesetz verteidigt, das von liberalen Medien als Anti-LGBTQ-Gesetz kritisiert wurde.

„Nach der Verabschiedung des Kinderschutzgesetzes schickte die Europäische Kommission am 15. Juli 2021 ein offizielles Schreiben an die ungarische Regierung und leitete damit ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein. Sie versuchen, uns zu bestrafen, nur weil wir die LGBTQ-Lobby nicht in ungarische Schulen und Kindergärten lassen“, schrieb Varga in einem Facebook-Post.

In einer Antwort, die ich fristgerecht am Mittwoch an EU-Kommissar Thierry Breton geschickt habe, habe ich die Position der ungarischen Regierung zu dem Vertragsverletzungsverfahren, das wegen des Kinderschutzgesetzes eingeleitet wurde, sehr klar dargelegt und gleichzeitig auf die materiellen und fachlichen Fehler in der Aufforderung der Kommission hingewiesen.“

Varga sagte, Ungarn werde seine Kultur und nationale Identität sowie die darin verwurzelten Familienwerte schützen: Als freies und unabhängiges Land ist dieses Recht sowohl durch EU- als auch durch internationales Recht garantiert. Nach den Verträgen und der Charta

der Grundrechte hat weder die Union noch eine andere Einrichtung das Recht, ungarischen Eltern vorzuschreiben, wie sie ihre Kinder in Ungarn erziehen sollen.

„Wir werden weiterhin sicherstellen, dass nur die Eltern entscheiden können, wie sie ihr Kind erziehen. Niemand kann sie zwingen, ihrem Kind ohne ihre Zustimmung sexuelle Informationen zukommen zu lassen oder es mit schädlichen Inhalten zu konfrontieren, die für sein Alter unangemessen sind. Erzieherische Vorträge sollten nur von qualifiziertem Personal in Anwesenheit eines Lehrers gehalten werden“, schrieb Varga.

„Wir weisen die Annahme kategorisch zurück, der Zweck des Gesetzes sei Ausgrenzung oder Diskriminierung; es geht nur um die Erziehung ungarischer Kinder und den Schutz von Minderjährigen. Das Gesetz greift in keiner Weise in das Leben von Erwachsenen ein, es verletzt in keiner Weise die Rechte sexueller Minderheiten.“

Varga betonte auch, dass in Ungarn die Rechte religiöser, ethnischer, sexueller und sonstiger Minderheiten garantiert sind. „Das ungarische Grundgesetz verbietet strikt jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten, und unsere Gesetze bestrafen sie streng“, schrieb sie.

Quelle: [Facebook](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Ungarns Staatssekretär für verfolgte Christen: Wir haben 340 Millionen Menschen geholfen, in ihrem Heimatland zu bleiben

17. 09. 2021



Tristan Azbej - Fotoquelle: Visegrád Post

Interview mit Tristan Azbej, dem ungarischen Staatssekretär für die Hilfe für verfolgte Christen und für das Programm Hungary Helps (Ungarn hilft): „Wir waren die erste Regierung, die sich um die Not von 340 Millionen Menschen gekümmert hat, deren Menschenrechte verletzt werden.“

Das Amt des Staatssekretärs für die Hilfe für verfolgte Christen und das Programm Hungary Helps wurden von der ungarischen Regierung zwischen 2016 und 2017 eingerichtet. Diese Initiativen zielen darauf ab, verfolgten christlichen Gemeinden in der ganzen Welt humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Sébastien Meuwissen hat ihn am 10. September interviewt.

Sébastien Meuwissen: *Sie haben uns vor zwei Jahren ein Interview gegeben, in dem Sie betonten, dass das Christentum die am meisten verfolgte Religion der Welt war. Ist das auch heute noch der Fall?*

Tristan Azbej: Das internationale Phänomen der Christenverfolgung hat sich in den letzten Jahren verschlimmert. Jüngsten Erhebungen internationaler Interessenverbände zufolge ist die Zahl der Menschen, die aufgrund ihres christlichen Glaubens verfolgt oder diskriminiert werden, von 250 Millionen im Jahr 2019 auf 340 Millionen im vergangenen Jahr gestiegen. Sie hat sich also innerhalb eines Jahres um fast 100 Millionen Menschen erhöht. Das bedeutet, dass Christenverfolgung – die Verletzung der Religions- und Glaubensfreiheit von Christen – eine der größten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit darstellt.

Sébastien Meuwissen: *Vor kurzem haben die Taliban die Macht in Afghanistan übernommen. Welche Folgen wird das für die Christen in diesem Land haben?*

Tristan Azbej: Nach unseren Informationen gab es vor der Machtübernahme durch die Taliban 8 bis 10 Tausend Christen in Afghanistan. Der Grund, warum die Zahlen nicht genau sind, ist die Tatsache, dass die Christen ihren Glauben schon vor der Machtübernahme der Taliban im Untergrund praktizieren mussten. Afghanistan ist ein Land mit strengen „Anti-Konversions“- und „Anti-Blasphemie“-Gesetzen. Aus diesem Grund war es bereits eine lebensgefährliche Erfahrung, den christlichen Glauben in Afghanistan zu praktizieren.

Nach der Machtübernahme durch die Taliban hat sich die Situation noch verschlimmert. Wir erhalten von dort herzerreißende Nachrichten von Christen aus dem Untergrund. Sie erhalten Nachrichten von islamistischen Extremisten, die ihnen drohen, sie zu töten. Lassen Sie mich eine dieser Botschaften zitieren. „Wir wissen, wer ihr seid. Wir werden euch finden und euch töten.“

Seitdem die Amerikaner ihren Rückzug aus Afghanistan angekündigt haben, sind viele Christen auf der Flucht und versuchen, das Land zu verlassen. Sie haben gute Gründe dafür, denn jetzt können die islamischen Extremisten ihre Gewalt noch leichter zur Schau stellen. Sie gehen von Haus zu Haus und suchen nach Christen. Wir haben gehört, dass es mehreren tausend Christen gelungen ist, aus dem Land zu fliehen. Es gibt jedoch noch immer Christen in Afghanistan, die versuchen, das Land zu verlassen.

Die ungarische Politik gegenüber der Verfolgung von Christen und in Bezug auf humanitäre Krisen im Allgemeinen besteht darin, Unterstützung zu leisten, wo Probleme auftreten, und nicht darin, die Migration zu fördern. Im Falle Afghanistans versuchen wir, die Christen mit humanitärer Hilfe dort zu erreichen, wo sie leben, oder im nächstgelegenen sicheren Nachbarland.

Sébastien Meuwissen: *Wie vereinbart die ungarische Regierung ihre Unterstützung für die armenischen Christen in Berg-Karabach mit ihrer offiziellen Unterstützung für Aserbaidschan aufgrund der wirtschaftlichen und energetischen Beziehungen, die Ungarn mit diesem Land unterhält?*

Tristan Azbej: Die offizielle Haltung der ungarischen Regierung zum Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ist von den Medien stark verzerrt worden. Die ungarische Position ist, dass wir die friedliche Lösung von Konflikten unterstützen. Im Einklang mit dem Völkerrecht legen wir auch großen Wert auf die territoriale Integrität eines jeden Landes. Es ist wichtig zu bedenken, dass es sich hier nicht um einen religiösen Konflikt handelt.

Dennoch hat Ungarn allen betroffenen Zivilisten vor Ort Hilfe angeboten und die Flüchtlinge in Armenien sowie die humanitären Missionen der armenischen Kirche unterstützt.

In Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden haben wir die Armenische Apostolische Kirche bei der Versorgung mit Lebensmitteln in Armenien und beim Wiederaufbau von religiösen Einrichtungen und Kirchen unterstützt.

Ich habe Armenien im Juni dieses Jahres einen persönlichen Besuch abgestattet. Gemeinsam mit meinem stellvertretenden Ministerpräsidenten wurden wir vom armenischen Patriarchen Karekin II. empfangen und erhielten für unsere Bemühungen und unsere Solidarität eine Auszeichnung von einer Universität in Eriwan.

Sébastien Meuwissen: *Es ist eine Untertreibung zu sagen, dass die ungarische Regierung bei ihren Entscheidungen im Zusammenhang mit der Europäischen Union oft missverstanden wird. Sollte die Schaffung eines Staatssekretärs für die Hilfe verfolgter Christen als eine Art Provokation interpretiert werden, die darauf abzielt, dass Ihre westeuropäischen Partner etwas Ähnliches in ihren eigenen Regierungen einrichten?*

Tristan Azbej: Unser Ziel war es nicht, zu provozieren. Der Einsatz Ungarns für verfolgte Christen hat eine doppelte Bedeutung. Die wichtigste ist, dass wir christliche Gemeinden unterstützen, die in Gefahr sind. Wir tun alles, was wir können, um ihnen zu ermöglichen, in ihrer Heimat zu bleiben. In den letzten vier Jahren ist es uns gelungen, mehr als eine Viertelmillion verfolgte, diskriminierte oder bedrohte Christen weltweit zu erreichen. Dies ist das wichtigste Ergebnis unseres Programms.

Aber wir haben auch eine Menschenrechtsagenda. Hier ist der schwierige Aspekt, dass die Welt nicht bereit ist, zu handeln. Wir setzen uns daher für verfolgte Christen ein und haben die feste Absicht, internationale Organisationen auf diese Verfolgung aufmerksam zu machen, was Diplomatie erfordert.

Als wir anfangen, über das Problem der Christenverfolgung zu sprechen, wurden wir von linken und liberalen Kräften und Regierungen, für die es ein „Nicht-Thema“ ist, heftig angegriffen. Ihr Argument war, dass wir das Thema ansprechen, um eine politische Agenda zu erstellen. Sie haben uns als Provokateure bezeichnet.

Die Wahrheit ist, dass wir die erste Regierung waren, die sich mit der Not von 340 Millionen Menschen, deren Menschenrechte verletzt werden, auseinandergesetzt hat. Anfangs habe ich mich gegen die Verwendung des Begriffs „Provokation“ gewehrt. Nach einer Weile beschloss ich, dass, wenn Provokation bedeutet, dass wir andere Regierungen davon überzeugen, sich an die Seite von Menschen zu stellen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, dann sollten wir es Provokation nennen und andere Regierungen provozieren, ihre eigene Version des Programms Hungary Helps zu starten.

Ich würde mir wünschen, dass die Europäische Union und Menschenrechtsorganisationen für verfolgte Christen eintreten, denen das Martyrium droht, anstatt ständig eine linksliberale Agenda zu verfolgen.

Wenn es eine Provokation für die gute Sache und für die Rettung von Hunderten von Millionen von Menschenleben ist, dann soll es so sein.

Sébastien Meuwissen: *Vielleicht sollten wir es also als „Aufruf zum Handeln“ umformulieren. Das klingt besser.*

Tristan Azbej: In meinem Sinne ist es ein Aufruf zum Handeln. Manche Leute sehen das anders. Egal, wie wir es nennen, das Wichtigste ist, dass es sie zum Handeln ermutigt.

Sébastien Meuwissen: *Inwiefern hat die Covid-Krise die humanitäre Hilfe beeinflusst?*

Tristan Azbej: Die Covid-Krise war eine große Herausforderung für unsere Arbeitsmethodik. Dank der regen Aktivität mehrerer Kirchen in Asien, dem Nahen Osten und Afrika konnten wir jedoch unsere Tätigkeit und unsere Unterstützung fortsetzen. In der ersten Phase der Pandemie konzentrierte sich die ungarische Regierung hauptsächlich auf die Hilfe für die ungarische Bevölkerung. Wir können niemandem sonst auf der Welt helfen, wenn wir uns nicht selbst schützen.

Aber gleich nachdem unsere Ressourcen wieder auf dem richtigen Weg waren und wir bereit waren, das Programm Hungary Helps fortzusetzen, wandten wir unsere Solidarität erneut den christlichen Gemeinden zu. Als sich zum Beispiel im August letzten Jahres in Beirut eine doppelte Explosion ereignete, gelang es uns, innerhalb von 24 Stunden eine sehr umfangreiche Hilfe an die katholischen Wohlfahrtsverbände im Libanon zu liefern.

Mehrere Krankenhäuser wurden durch die Explosion zerstört. Die von uns bereitgestellten Mittel wurden jedoch zur Instandsetzung von Wohnungen und Häusern für diejenigen verwendet, die ihre Häuser verloren hatten. So konnten viele Familien wieder in ihre reparierten Häuser einziehen.

Die größte Herausforderung, die durch die Coronavirus-Krise verursacht wurde, hat die Lage der verfolgten christlichen Gemeinden in der ganzen Welt noch verschlimmert. Sie wurden bei Hilfsmaßnahmen oft diskriminiert, vor allem in Ländern, in denen Christen nicht als Bürger erster Klasse angesehen werden. Der andere Fall betrifft viele Länder, in denen Christen keinen gleichberechtigten Zugang zur Beschäftigung haben. Die durch das Coronavirus verursachten Einschränkungen machten es ihnen unmöglich, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Aus Asien und Afrika erreichten uns herzerreißende Nachrichten von christlichen Gemeinden, die aufgrund dieser Krisensituation von Hunger und Tod bedroht sind. Wir taten, was wir konnten, um humanitäre Soforthilfe zu leisten und verschiedene Wohlfahrtsverbände und kirchliche Einrichtungen mit Nahrungsmitteln zu unterstützen.

Sébastien Meuwissen: *Im nächsten Frühjahr stehen in Ungarn Wahlen an. Glauben Sie, dass es dem Fidesz gelingen wird, an der Macht zu bleiben und die begonnene Arbeit fortzusetzen, oder stehen wir am Rande einer wichtigen Veränderung in der ungarischen politischen Landschaft?*

Tristan Azbej: Was den Wahlausgang betrifft, so würde ich die Vorhersagen den Meinungsforschern und politischen Analysten überlassen. Wir vertrauen darauf, dass die

Bürger anerkennen, was die ungarische Regierung für die ungarischen Familien getan hat. In Ungarn konnte jeder einen Schritt nach vorne machen, was seinen sozialen Status und Lebensstandard angeht. Wir sind ein optimistisches Land. Es werden immer mehr Kinder geboren, was der beste Indikator für unsere erfolgreiche Regierung ist.

Ich hoffe, dass die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung unsere starke Arbeit und unseren Kampf für die Erhaltung der nationalen Souveränität Ungarns zu schätzen weiß und dass Ungarn angesichts von Bedrohungen wie der Massenmigration ein Land der christlichen Kultur, Freiheit und Sicherheit bleibt.

Das Programm Hungary Helps ist ein Teil davon, denn wir glauben, – wie viele Millionen Ungarn auch –, dass es die moralische Pflicht des ungarischen Volkes ist, das Christentum und die christliche Kultur zu unterstützen.

Die Art und Weise, wie wir zum Wohlergehen des ungarischen Volkes beitragen, hat auch einen praktischen Aspekt. Wir haben den menschlichsten und christlichsten Weg gefunden, um Migration zu verhindern. Unser allgemeiner Grundsatz ist, dass es viel besser ist, Hilfe und Unterstützung dort zu leisten, wo die Not ist, als die Menschen in Not nach Ungarn und in die Europäische Union zu importieren.

Wir sind – ebenso wie die große Mehrheit der Ungarn – der Meinung, dass die Migration keine Antwort auf die humanitäre Krise ist. Im Rahmen des Programms Hungary Helps ist es uns gelungen, rund 340 Millionen Menschen zu helfen, in ihrer Heimat zu bleiben, anstatt in ein anderes Land zu ziehen. Wir hoffen daher, dass die ungarischen Wähler dies sehen werden und wir die 2010 begonnene Arbeit fortsetzen können.

Sébastien Meuwissen: *Herr Staatssekretär, ich danke Ihnen für Ihre Zeit.*

Tristan Azbej: Ich danke Ihnen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Papstbesuch in Ungarn: wenig ausgewogene Berichterstattung in Österreich

16. 09. 2021



Papst Franziskus in Budapest · Bildquelle: Ungarnreal

Die österreichischen Medien und sogar die katholische Kirche Österreichs hat zu den Ereignissen des Eucharistischen Weltkongresses (IEC) in Budapest geschwiegen. Diese Tatsache wirft auch viele Fragen über die österreichische Verteidigung der christlichen Werte auf. Wir müssen auch sehen, dass Ungarn und seine Regierung sowohl dem Oberhaupt der katholischen Kirche als auch dem Staat Vatikanstadt vollen Respekt und christliches Engagement entgegenbringen und dass es heute wie damals eine Bastion des europäischen Christentums ist.

16. September, 2021, Quelle: [Erdély ma](#)

Der 52. Internationale Eucharistische Weltkongress in Budapest ist zu Ende gegangen. Die ausländischen Gäste und Pilger sind nach Hause gegangen. Aber was haben die österreichischen Medien, die Kirche vor Ort, die Ungarn in Österreich getan, um mehr Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass **in Ungarn ein Welttreffen der katholischen Kirche stattfindet, bei dem der Papst die Abschlussmesse zelebriert?** Fast nichts.

Die österreichische Bevölkerung hat von den vielen interessanten und erbaulichen Ereignissen der vergangenen Woche nichts mitbekommen. Aber das taten die Deutschen und wahrscheinlich ganz Westeuropa auch nicht.

Werfen wir einen Blick auf die österreichischen **Nachrichten vom 12. September!**

In der **Kronen Zeitung** steht **kein Wort über den Besuch von Papst Franziskus in Budapest!** Ich blätterte die Seiten zweimal um, weil ich nicht glauben konnte, dass **die größte österreichische Zeitung** so niederträchtig ist! Hier im Land der Pressefreiheit! In

der Wochenendbeilage findet sich wie jeden Sonntag ein Artikel von Kardinal Schönborn, aber nichts über den IEC !

Auch die **Erzdiözeszeitung Der Sonntag** veröffentlicht in ihrer heutigen (!) Ausgabe (Nr. 36) **einen Scherz**. Auf der Titelseite mit dem ungarischen Parlamentsgebäude heißt es: *“Papst Franziskus, herzlich willkommen”*. Am letzten Tag des Kongresses! Zuvor gab es nicht einen einzigen Brief über die Veranstaltung! In der Zeitung steht auch kein Dankeschön. Auf Seite 3 ein kurzes Gespräch mit einem Pfarrer der in Budapest lebenden Deutschen.

Das Hauptthema ist “die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kirche und der Regierung Orbán”.

Auf Seite 6 geht es **um die Sendungen in der Slowakei**, auf Seite 7 ein paar Sätze zu den Sendungen und dass die Papstmesse vom Heldenplatz im ORF übertragen wird. **Aber die Messe wurde von keinem deutschen Sender übertragen! Nicht einmal das katholische Bayern.**

Bevor ich Ihnen erzähle, wie der **ORF die gesamte Messe für politische Agitation genutzt hat**, ein Wort des Lobes für die Organisation der Messe, bei der alles an seinem Platz war, geschmackvoll und europäisch. Es ist bedauerlich, dass Europa dies nicht erkannt hat. Dafür gibt es gute Gründe!

In der Zeit in Bild zeigen sie um 9 Uhr den Papst, als er aus dem Flugzeug ausstieg. Der ORF kann schnell sein, wenn er es will. Ich habe mir vor der Messe den Videotext angesehen. Ein nicht zu unterschätzendes Medium, das im Durchschnitt zehn Prozent der Bevölkerung regelmäßig sehen. ORF, ARD und Bayern berichten **über das Treffen zwischen dem Papst und Orban.**

Das deutsche ZDF hebt Orbans Widerstand gegen den Papst in der Flüchtlingsfrage hervor.

Und **nach der Messe?** Sie sind enttäuscht. ARD, Bayern **sprechen von ein paar Zehntausend statt der Zweihundertfünfzigtausend**, die gekommen sind. RTL, das sich bisher nicht geäußert hatte, hebt nun

die Verurteilung des Antisemitismus durch den Papst vor den Augen der örtlichen Juden hervor.

Die **Abschlussmesse am Sonntag** begann um 11.30 Uhr, die Übertragung des Vorspiels begann jedoch um 11.05 Uhr. Anschließend wurde der Theologe **Paul M. Zulehner** von **Sandra Szabo** vom ORF-Kirchensender interviewt.

Etwa ein Dutzend Mal erwähnte sie den angeblichen “Konflikt” zwischen der ungarischen Kirche und der Orbán-Regierung.

Eine ihrer empörendsten Äußerungen betraf die Aussage von Staatspräsident **János Áder**, was selbst den liberalen Gesprächspartner von Szabo überraschte. Er beanstandete die Tatsache, dass das Staatsoberhaupt **an der IEC teilgenommen hatte und sich als gläubiger Katholik bezeichnete**. Seinem toleranteren Partner zufolge ist dies auch anderen Politikern passiert, und als Privatperson hat er das Recht, dies zu tun.

es wurde noch getoppt durch ihre Frage, als sie den ORF-Korrespondenten **Ernst Gelegs**, der aus Budapest zugeschaltet war,

fragte, ob er eine Pro-Papst- oder Anti-Orbán-Demonstration während der Heiligen Messe erwarte?

Gelegs beklagte, dass **die Priester eingeschüchtert oder gekauft wurden. (sic!)** Und das alles vor einer päpstlichen Messe zum Abschluss eines katholischen Weltereignisses! Nach der Predigt wurde bemängelt, dass

der Papst in seiner Rede nicht hart genug vorgegangen sei, dass er die Orbán-Regierung mit Nachdruck hätte angreifen können.

Kein Wort war darüber, dass Gäste aus vierzig Ländern eine Woche lang an einem **gut organisierten Programm** teilnahmen, **das zu den Höhepunkten der katholischen Kirche** zählte.

Aber das ist noch immer nichts. Am Abend (19.30 Uhr) eröffnete die **ORF-Sendung "Zeit im Bild"** mit dem Besuch des Papstes in Budapest. Der zweite Satz aus dem Mund der blonden Ansagerin lautete.

"Papst Franziskus kritisiert nicht nur die minderheitenfeindliche Politik Ungarns, sondern insbesondere auch den von der Orbán-Partei ganz unverhohlen praktizierten Antisemitismus."

Nur die Medien der Nazi-Zeit waren in der Lage, derartige Lügen in einem solch abscheulichen Ton zu verbreiten!

Der ORF tut all dies, während **Oskar Deutsch**, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Österreichs, auf www.vienna.at beklagt, dass sich die **antijüdischen Gräueltaten in Österreich** seit dem letzten Jahr **verdoppelt haben!**

Was die Wirkung der Lügen des ORF betrifft: so wurde **die Messe** in Österreich von **48.000 Menschen** gesehen, weniger als der "Teaser"-Talk davor (57.000). Die **Abendnachrichten** wurden von **1 221 000 Zuschauern** gesehen. (!)

Wachen Sie auf!

Welche Schlussfolgerungen können und sollten aus den obigen Ausführungen gezogen werden? **Wir haben keine Freunde in diesem Teil der Welt, insbesondere in Österreich.** Es gibt nur Interessen.

Das Problem ist, dass

die derzeitige ungarische Führung eine andere Meinung zur Einwanderung hat, und sie auch in anderen Fragen ihren eigenen Willen durchsetzen möchte. Sie ist überzeugt, dass dies "gut für die Ungarn" ist.

Die Deutschen und Österreicher wollen, dass die Ungarn Kellner, Erntehelfer und Altenpfleger sind, allenfalls Automonteure, d.h. sie sehen uns als Dienstleistungspersonal. Leider ist auch jetzt, nach der Epidemie, die Zahl der in Österreich arbeitenden Ungarn gestiegen: auf 110 000. **Das Hauptziel der ungarischen Politik sollte darin bestehen, diese Menschen in Ungarn zu halten**, was natürlich nicht von heute auf morgen zu

erreichen ist. Wenn diese Ungarn auf magische Weise aus Österreich verschwinden würden, würden einige Leute sofort von ihrem hohen Ross heruntersteigen und einen menschlichen Ton anschlagen.

Zum Ausgleich von 1867 führte auch Kampf. **Ungarn muss stärker werden!** Man muss den jungen Ungarn klarmachen, dass sie entweder gebildete Menschen werden können, die Sprachen sprechen, oder sie können nach Wien kommen, um die Post auszutragen (in unserer Straße trägt ein junger Mann seit zehn Jahren die Post aus, er fährt jeden Tag von Győr nach Wien und zurück). Die derzeitige ungarische Diplomatie, deren Aufgabe es ist, dies zu tun, ist unzureichend.

Der 52. Eucharistische Kongress hat, wie ich hoffe, vielen unserer Landsleute Freude und Bestätigung gebracht. **Nicht viele Menschen sind glücklich über unsere Erfolge.** Deshalb müssen wir in Ungarn alles tun, um ein lebenswertes Leben zu führen.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Deutsch bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Éric Zemmour und Marion Maréchal nach Ungarn eingeladen

Von Paul Laubacher

16. 09. 2021



Éric Zemmour · Bildquelle: FDS

Der mutmaßliche französische Präsidentschaftskandidat und die ehemalige Abgeordnete des Front National sind für den 23. und 24. September zu einem Demografiegipfel nach Budapest eingeladen. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán wird ebenfalls anwesend sein.

„Wir heißen familienfreundliche Denker und Entscheidungsträger in Budapest, Ungarn, herzlich willkommen, denn wir glauben, dass es ohne starke Familien keine Zukunft gibt.“ Mit diesen Worten stellt die ungarische Familienministerin Katalin Novák den Budapester Demografiegipfel vor, der vom 23. bis 24. September zum vierten Mal in der ungarischen Hauptstadt stattfinden wird. Eine Besonderheit des diesjährigen Treffens der Ultrakonservativen aus aller Welt ist die Anwesenheit von Eric Zemmour, der bei den Präsidentschaftswahlen 2022 kandidieren könnte, und von Marion Maréchal, der ehemaligen Abgeordneten des Front National, die heute eine Schule in Lyon, das Issep, leitet, heißt es auf der Website des Gipfels.

„Überlegungen zur Rolle der Familie in Europa“



Marion Maréchal · Bildquelle: Lionel Baland

Marion Maréchal wird am Donnerstag, den 23. September, bei einem Rundtischgespräch zum Thema „Überlegungen zur Rolle der Familie in Europa“ sprechen. Weitere Gäste am Tisch sind Katalin Novák, ungarische Familienministerin in der Regierung Orbán, Zoltán Balog, Ministerpräsident der Synode der Reformierten Kirche Ungarns, Jaime Mayor Oreja, ehemaliger spanischer Innenminister, und möglicherweise Christiaan Alting von Geusau, niederländischer Jurist und Präsident des International Catholic Legislators Network (ICLN).

Marion Maréchal wird ihre Osteuropa-Reise in der darauffolgenden Woche in Polen fortsetzen, wo die Nichte von Marine Le Pen zu einem Symposium eingeladen wurde, um über den „Wokismus“ zu diskutieren. „Diese Reisen und Begegnungen werden es mir ermöglichen, für das Issep Verbindungen in diesen Ländern zu schaffen“, erklärt der ehemalige Abgeordnete der Front-Partei gegenüber „L’Obs“.

Éric Zemmour: Untersuchung einer präsidentiellen Besessenheit

Eric Zemmour sollte am Freitag, den 24. September, an einem Rundtischgespräch zum Thema „Werbung und Familie“ teilnehmen, an dem der Amerikaner Ed Martin, Leiter des

Eagle Forum Education & Legal Defense Fund, Szánthó Miklós vom Center for Fundamental Rights, einer ungarischen Organisation, und Dr. Gergely Szilvay, ein ungarischer Forscher des Donau-Instituts, teilnehmen.

Mike Pence und Benjamin Netanyahu eingeladen

Unter den übrigen Gästen dieses „Gipfels“ befinden sich einige wichtige politische Persönlichkeiten: Donald Trumps ehemaliger Vizepräsident Mike Pence, der slowenische Premierminister Janez Janša, der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki, der tschechische Premierminister Andrej Babiš und möglicherweise der ehemalige israelische Premierminister Benjamin Netanyahu.

Was ist das Ziel dieses Demografie-Gipfels? „Es ist das Forum, in dem Politiker, religiöse Führer, Experten, Vertreter der Medien, der Wirtschaft und der Wissenschaft seit 2015 alle zwei Jahre zusammenkommen, um die wichtigsten Themen zu diskutieren, die Familien betreffen“, schreibt Katalin Novák.

Im Mittelpunkt des diesjährigen „Gipfels“ stehen die Themen Umwelt, Nachhaltigkeit und Demografie. Und das sind die Fragen, die Katalin Novák stellt: „Lohnt es sich, über Nachhaltigkeit zu diskutieren, wenn nicht genügend Kinder geboren werden? Was sagt die Wissenschaft und was wird in den Medien verbreitet? Welche Rolle spielt die Ideologie bei der Bewertung von Familien und dem Schutz der Umwelt? Sind die Herausforderungen, vor denen die afrikanischen Länder stehen, auf die hohen Geburtenraten oder die fehlende Infrastruktur zurückzuführen? Was kann Europa in Zeiten der demografischen Krise tun? Molke für Marion Maréchal und Eric Zemmour.“

Quelle: [NouvelObs](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowenien

24) Ein Politiker will hoch hinaus: Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša besteigt den höchsten Schornstein Europas

Von Sara Kovač (Nova24tv)

28. 09. 2021



Janez Janša · Foto: Twitter

„Zum Gedenken an die Tradition der Knappen von Trbovlje (Trifail) und Zasavje (Save-Tal) haben wir anlässlich des Besuchs der slowenischen Regierung in der Region den höchsten Schornstein Europas bestiegen. Selbst ein leichter Regen hat uns nicht aufgehalten“, postete Premierminister Janez Janša auf Twitter zusammen mit Fotos.

Die slowenische Regierung besuchte die Region Zasavje, wo sie sich auf Infrastrukturinvestitionen und andere ungenutzte Möglichkeiten in der Region konzentrierte.

Premierminister Janez Janša hat den Besuch zusätzlich für ein eher ungewöhnliches Vorhaben genutzt. Er bestieg den höchsten Schornstein Sloweniens und Europas – den Schornstein von Trbovlje. Der 360 Meter hohe Schornstein des 1976 errichteten Wärmekraftwerks Trbovlje ist das höchste Gebäude in Slowenien und der siebthöchste Schornstein der Welt.



Es gehört schon eine gute Portion Mut dazu, um solche Herausforderungen wie den Schornstein von Trbovlje zu meistern. Der Ministerpräsident ist ein begeisterter Bergliebhaber und „Felskletterer“, so dass er bereits an Höhenflüge dieser Art gewöhnt ist. Er hat das Bergsteigen so populär gemacht, dass andere Politiker begonnen haben, ihm nachzueifern.



DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Zeugenaussage über die schlimmsten Verbrechen der slowenischen Geschichte: der Partisan, der unschuldige Gefangene zu den Tötungsstätten brachte

Von Anita Gužvič (Nova24tv)

19. 09. 2021



Der Zeuge Anton Cizel war ein Partisan, der die Tötungen durch die kommunistischen Behörden in der Nachkriegszeit miterlebt hat · Foto: RTV SLO Screenshot

In der RTV SLO-Sendung „Pričevalci“ („Zeugen“) von Jože Možina meldete sich der fast 100-jährige Anton Cizel zu Wort, ein Partisan, der eine Zeit lang sogar den Vorsitz des örtlichen kommunistischen Kämpferverbandes führte. In vielerlei Hinsicht ist er der wichtigste Zeuge der letzten Zeit. Seine Aussage ist jedoch von unbestreitbarer historischer Bedeutung, da sie die Erinnerung an die Ermordung der Gefangenen von Tehari im Sommer 1945 wiederbelebt, die er als Partisan miterlebt hat. Das Weinen und die Schreie der unschuldigen Opfer haben ihn geprägt und ihn sein ganzes Leben lang begleitet. „Es ist eine schreckliche Belastung“, sagte er. Dies ist das außerordentlich wahrheitsgetreue Zeugnis eines hundertjährigen Partisanen, der die

Geheimnisse der größten Verbrechen aufdeckt – die Massaker an Zivilisten und Gefangenen, die von den kommunistischen Behörden in der Nachkriegszeit verübt wurden, als das Regime in Slowenien von Edvard Kardelj, Boris Kidrič, Ivan Maček, Mitja Ribičič und anderen diktiert wurde.

Ein solches Zeugnis hat es noch nie gegeben, und im Alter von fast 100 Jahren hat der Partisan Anton Cizel die Last seines Gewissens abgelegt und erzählt, wie er als Partisanenwächter Häftlinge zu den Tötungsstätten Mostec und Hudo Jama fahren musste. „Sie wurden alle von den Kommunisten angeführt... Auf beiden Seiten der Kolonne gab es Gräben, und dort wurden sie erschossen. Die Frauen weinten, sie waren jung, sie hatten Kinder. Kardelj, Kidrič, Milka Planinc... Lumpen, alle Lumpen“.

Der Zeuge Cizel hat mehrmals fast geweint. Jeder kann in ihm das Bedauern und die schreckliche Last spüren, die er sein ganzes Leben lang getragen hat. Er sagte zu Beginn, dass er und sein Bruder nicht einmal die Wahl hatten, sich den Partisanen anzuschließen. „In der ersten Nacht, als die Partisanen zu uns kamen, hatten wir keine Wahl. Ich habe mich dort nicht sehr wohl gefühlt, wir haben im Wald geschlafen“. Sie verstanden sich jedoch gut mit den Partisanen, sagt er. Einer seiner Befehlshaber war Andi der Flüsterer. Er sagte, dass sie auch in den Geschäften gestohlen haben. „Ich war öfter hungrig als satt.“

Cizel sagte, dass sie als Partisanen auch über Marxismus, Stalin und Lenin unterrichtet wurden. „Sie wurden nur gelobt, niemand hat die Wahrheit gesagt. Das Gleiche haben sie über Tito gesagt“. Er erinnert sich auch daran, wie er mit den Deutschen kämpfte, wie er sah, wie seine Kameraden starben und die Verwundeten auf ihren Schultern ins Krankenhaus getragen wurden.

Er trieb unschuldige Menschen in den Tod: „Ich höre sie noch immer weinen“. Mit Entsetzen berichtet er, wie er unschuldige Häftlinge zu den Tötungsstätten trieb. Tatsächlich haben Archäologen die Überreste vieler der nach dem Zweiten Weltkrieg Ermordeten in Mostec bei Dobova über Brežice gefunden. Mindestens 139 Menschen, aber es handelt sich um verschiedene Gruppen, so die Ausgraber. „Das ist es, was übrig bleibt“, sagte Cizel und bestätigte, dass er oft mit seinen Erinnerungen an die Morde zurückkehrt. „Schmerzhaftes Erinnerungen, eine schreckliche Last. Ich kann das Weinen immer noch hören. Ich höre nur die Schüsse. Es wurde immer weniger geschrien.“



Foto: RTV SLO Screenshot

Die Gefangenen erfuhren erst, dass sie getötet werden sollten, als sie den Schießgraben sahen. Als die Gefangenen in das Auto verladen wurden, wusste niemand in Tehari, dass sie ins Grab gehen würden. „Erst als wir dort ankamen und sie Leute mit Schaufeln sahen, wussten sie Bescheid. Und dann wurde geweint. Unter dem Feld befand sich ein Schießgraben, und dahinter floss die Save. Sie wurden dort ermordet. Ich habe mich während der Fahrt mit ihnen unterhalten und eine Frau gefragt, warum sie dich eingesperrt haben, und sie wusste es nicht. Sie war Kellnerin und arbeitete in einem Laden. Ich erinnere mich auch an einen älteren Mann, der Schuhmacher war, und ich gab ihm Zigaretten, das war damals von Wert. Oder ich habe einer Frau ein Stück Brot gegeben“, erinnert er sich und merkt an, dass er oft das tat, was er nicht tun sollte, um Häftlingen zu helfen.

Niemand verhörte die Menschen, die Cizel zu den Tötungsstätten brachte. „Niemand hat sie etwas gefragt, sie haben sie einfach umgebracht. Und es ist furchtbar schmerzhaft.“ Die Partei war der Hauptakteur in dieser Sache. „Die Partei war das Wichtigste. Es war ein Gott und ein Prügel, was sie sagten, so musste es sein.“

„Diejenigen, die die Morde begangen haben, waren größtenteils in der Partei“

Er erinnert sich auch an die Zeit, als er in der Kommission des kommunistischen Kämpferverbands war. „Einer von ihnen schlug den dortigen Pfarrer, zerrte ihn die Treppe hinauf und später konnte man sehen, wie sein Gewissen brannte, er schaute nur ausdruckslos vor sich hin“. Aber der Kämpferverband hat sich nie die Mühe gemacht, die Mörder aus seinen Reihen auszuschließen. „Diejenigen, die gemordet haben, waren größtenteils in der Partei, und sie haben sich gegenseitig geschützt“, sagte er.

Nachkriegsverbrechen – Frauen wurden die Brüste abgeschnitten

„Sie haben den Bauern das Land weggenommen, den Händlern die Geschäfte. Frauen, die schwanger waren oder Kinder hatten, wurden die Brüste abgeschnitten und dann mit Schnaps übergossen“, erinnert sich Cizel mit Entsetzen und Tränen in den Augen. „Das geht einem nie aus dem Kopf, niemals. Das kommt alles aus meinem Inneren.“ Er sagt, die Erinnerungen verfolgten ihn und einige Soldaten hätten deshalb nach dem Krieg Selbstmord begangen. Er sagt, er habe den Krieg noch nicht unschuldig genug erlebt. Im Oktober 1945 schüttelte er die Last des Krieges ab, heiratete 1950 und zog auf einen Bauernhof.

Jože Možina, der Moderator der Sendung „Zeugen“, kommentierte die Aussage mit den Worten: „Wer angesichts all dessen, was hier von einem ehemaligen Partisanen und Vorsitzenden der lokalen kommunistischen Kämpfer gesagt wird, nicht in der Lage ist, alle drei Totalitarismen des 20. Jahrhunderts zu verurteilen, der hat keine grundlegende Moral und ist kein Demokrat, sondern eine Bedrohung für die slowenische Gesellschaft.“

Sind die heutigen Nachfolger des Kommunismus nicht in der Lage, sich zu vergegenwärtigen, worauf sie eigentlich stolz sind?

Das Interview, das wirklich sehenswert ist, kann im slowenischen Original [HIER](#) in voller Länge angesehen werden.

Dieser Beitrag erschien erstmals bei [DEMOKRACIA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Kroatien

26) Kroatischer Präsident Zoran Milanović wehrt sich gegen Erpressung durch Covid-Impfung

24. 09. 2021



Zoran Milanović · Bildquelle: MPI

Der kroatische Präsident erklärte im Fernsehen, dass diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, keine Bedrohung darstellen und man wieder zum normalen Leben zurückkehren solle

In einem vom kroatischen Nachrichtensender N1 Hrvatska ausgestrahlten und von Total-Croatia-News übernommenen Presseinterview sprach der kroatische Präsident Zoran Milanović (Sozialdemokrat) die Frage der Erpressung im Zusammenhang mit der Anti-Covid-Impfung an.

„Das ist mir egal. Wir sind ausreichend geimpft“, antwortete er einem Journalisten, der ihn nach der Impfquote von 50 % in Kroatien fragte, die weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt. „Wir werden nicht über 50 % hinausgehen. Sollen sie uns doch mit Draht einzäunen. Das werden sie nicht. [...] Wir müssen wissen, was der Zweck dieses Wahnsinns ist. [...] Jetzt geht es darum, sich anzupassen und zum normalen Leben zurückzukehren.“

„Ich frage mich, ob ich normal bin oder ob die anderen verrückt sind? Sie verbreiten Panik. Sie haben es von Anfang an getan. [...] Es gibt einfach keine absolute Sicherheit. Es gibt kein Leben ohne Risiko, ohne die Möglichkeit, krank zu werden. Die Menschen werden von Tausenden von anderen Dingen krank, die viel ernster sind. Und in der Zwischenzeit sprechen wir seit anderthalb Jahren über Covid“.

Präsident Milanović schloss mit den Worten: „Wenn jemand nicht geimpft werden will, stellt er für mich keine Bedrohung dar. Wir müssen das verstehen und wieder ein normales Leben führen, denn es wird uns nicht gelingen, diesen Virus restlos auszurotten.“

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Serbien

27) Davor Dijanović: Die Politik Großserbiens ist heute schwächer als in den 1990er Jahren, aber...

Von Leo Marić

21. 09. 2021



Davor Dijanović · Foto: [Vokativ.hr](#)

Davor Dijanović ist ein kroatischer Journalist, Redakteur, geopolitischer Analyst und Geschichtsforscher. Obwohl er erst in den Dreißigern ist, hat er bereits mehr als tausend Artikel und Gespräche veröffentlicht, von denen einige einst im Buch [Hrvatska u žrvnju Jugosfere](#) („Kroatien in der Mühle der Jugosphäre“) auf über 600 Seiten behandelt wurden. Davor schreibt und redigiert regelmäßig auf dem Portal des Kroatischen Kulturrates

und in der Zeitschrift Obnova und hat eine sehr gut gelesene Kolumne auf dem Portal Direktno.hr. Unser Blog Vokativ spricht mit ihm über den Euro, kroatische Politiker, die Krise des Westens, Großserbien und andere Themen.

LEO MARIĆ: Zunächst einmal der Euro, das wichtigste Thema dieses politischen Herbstes. Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass die angekündigte Referendumsinitiative erfolgreich sein wird, um ein Referendum über die Einführung des Euro in Kroatien abzuhalten?

DAVOR DIJANOVIĆ: Eine Volksabstimmungsinitiative wäre sicherlich wünschenswert. Wir brauchen eine öffentliche Debatte zu einem so wichtigen Thema. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den Regierungsstrukturen bezüglich des Referendums bin ich allerdings der Meinung, dass es kein Referendum geben wird. Auch wenn genügend Unterschriften gesammelt werden, wird sicherlich ein neuerlicher administrativer Vorwand gefunden werden, der das **Euro-Referendum blockiert**.

Was sind die Gründe für die starke Beharrlichkeit der kroatischen politischen Eliten bei der Einführung des Euro? Es ist bekannt, dass mehrere Länder in Mitteleuropa wie im Rest der Europäischen Union den Euro nicht eingeführt haben, darunter die der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) nahestehende Fidesz-Regierung in Ungarn. Warum sind unsere anders?

Premierminister Andrej Plenković gilt als großer Verfechter der europäischen Integration. Bis zu seiner Ankunft an der Spitze der Regierung der Republik Kroatien war seine Karriere mit **Brüssel verbunden**. Die Nichteinführung des Euro wäre ein herber Schlag für seinen Ruf in Brüssel, vor allem wenn wir wissen, dass dieses Thema *de facto* bereits als erledigt gilt. Weder Plenković noch die Regierungspartei stellten sich einer Diskussion über die Einführung des Euro, die über die Wahl der Motive für den Euro hinausging. Es handelt sich also um Regierungsstrukturen, die nicht außerhalb des vorgegebenen Rahmens denken, der in Brüssel gezeichnet wird.

Aber Plenkovićs Regierung hat während ihrer Amtszeit auch einige positive Schritte gegenüber Ungarn und Polen unternommen, als diese uns nahestehenden Länder von Brüssel scharf kritisiert wurden. Wie erklären Sie das?

Nicht nur die Regierung, auch Präsident [Zoran Milanović](#) hat in letzter Zeit ähnliche Schritte unternommen. Dies sind zweifellos zu begrüßende Schritte. Offensichtlich versteht man sie selbst innerhalb der Regierungsstrukturen trotz der allgemeinen pro-Brüssel-Position, dass manche Interessen besser im Hof eines anderen verteidigt werden können. Niemand garantiert einem Land, dass es morgen von Brüssel nicht wegen einer umstrittenen Entscheidung angegriffen wird, die es für seine Interessen hält. Außerdem rechnet die HDZ noch mit einer gewissen Anzahl von „Rechtsstimmen“, also würde ich sagen, dass dies ebenfalls ein Grund ist. Wir werden ja sehen, ob sich diese Einschätzung in Brüssel bewährt, dann zum Beispiel, wenn man durch die Unterstützung von Ungarn oder Polen noch etwas mehr von den EU-Bürokraten heranzsholen könnte.

Glauben Sie, dass diese Schritte in Fortsetzung unserer Beziehungen zu Ungarn und Polen zu etwas mehr werden können, etwa zu einem Beitritt Kroatiens zur Visegrád-Gruppe oder zu einem stärkeren Engagement in der Drei-See-Initiative?

Eine formelle Mitgliedschaft in der Visegrád-Gruppe ist wahrscheinlich nicht realistisch, aber ein stärkeres Engagement in der Drei-See-Initiative schon. Es hängt von den Positionen der kroatischen Regierungsspitzen ab. Nach dem Abgang von Kolinda Grabar Kitarović

unterstützte Milanović die Drei-Meere-Initiative nicht, sondern lehnte sogar jegliches Engagement ab. Er ist der Meinung, dass dieses Projekt „Moskau und Berlin irritiert“, obwohl ich nicht sehe, warum Kroatien sich von den Interessen Russlands und Deutschlands leiten lassen sollte. Die Regierung hat die Drei-Meere-Initiative in jüngster Zeit teilweise unterstützt, und diese Unterstützung korreliert mit dem Zeitpunkt, als die Drei-Meere-Initiative auch von der deutschen Politik akzeptiert wurde.

Ich bin der Meinung, dass die Drei-Meere-Initiative auf wirtschaftlicher und politischer Ebene größere Perspektiven hat. Obwohl zwischen diesen Ländern historische und kulturelle Verbindungen bestehen, gibt es manchmal unvereinbare geopolitische Interessen, unterschiedliche Einstellungen gegenüber Russland sowie Nachwehen der Vergangenheit.

Sie glauben also, dass unsere geopolitische und wirtschaftliche Verbundenheit mit Deutschland noch länger eine Realität bleiben wird?

Nicht nur für uns, sondern auch für andere mitteleuropäische Länder. Auch die Länder der Visegrád-Gruppe sind wirtschaftlich stark an Deutschland gebunden. Daraus ergeben sich gewisse Einschränkungen auf geopolitischer Ebene. Polen hat hier die stärkste Position, da es ein Land mit 40 Millionen Einwohnern ist, das angesichts der russischen Nachbarschaft auch eine gewisse Unterstützung der USA genießt.

Gehen wir ein wenig vom geopolitischen Pessimismus zum Kulturpessimismus über. Glauben Sie an ebenso schwarze Szenarien, wenn es um die Zukunft der westlichen Zivilisation geht?

Die westliche Zivilisation befindet sich in Spenglers Worten in einer Phase des Niedergangs. Vergleiche mit dem Römischen Reich sind schon nicht mehr erforderlich. Auch damals drangen „Migranten“ in die Grenzen des Imperiums ein und kamen im Laufe der Zeit an die Spitze bestimmter Provinzen, wie wir heute am Beispiel Londons sehen können: einst das Zentrum der Welt, wo heute der Bürgermeister ein Pakistaner ist. Und dann wurden Limes gebaut, wie heute Mauern, beide auf Dauer erfolglos. Viele Teile Europas sind heute identitätsmäßig bereits zum Nahen Osten geworden. Allein in Frankreich haben wir fast 800 *No-Go-Zonen*, also Scharia-Ghettos. Auf der einen Seite haben wir **Massenmigrationen** nach Europa, Menschen, die dem Kontinent, auf den sie kommen, meist feindlich gesinnt sind, und auf der anderen Seite haben wir einen natürlichen Bevölkerungsrückgang. Die langfristige Kalkulation ist klar. Wo kein Leben ist, tritt der Tod ein.

Darüber hinaus weist das Verhalten der europäischen Eliten auf ein hohes Maß an **Dekadenz** und einen Verlust an gesundem Menschenverstand hin. Dies ist am besten in der Darstellung der sog. genderistischen Vorstellungen. Ein Symptom der Dekadenz ist, wenn etwas Wahnsinniges als übernatürlicher Wert verteidigt wird. Das haben wir heute in Europa.

Okay, aber gibt es da einen Ausweg? Politisch, unpolitisch, irgend etwas?

Ich möchte nicht ganz pessimistisch klingen, deshalb sage ich, dass es immer einen Hoffnungsschimmer gibt, auch wenn wir in Kroatien schon viele Hoffungsdiebe gesehen haben. Menschen mit unterschiedlichen Lebensanschauungen, Weltanschauungen und Philosophien betrachten die aktuelle Situation und mögliche Lösungen unterschiedlich. Als Katholik betrachte ich die Gesamtsituation in einer breiteren eschatologischen Perspektive und das Leben nur als vorübergehende Station. Das ist natürlich keine Entschuldigung dafür, nichts dagegen zu tun. Wenn wir in dieser Welt sind, müssen wir kämpfen.

Wir können globale Entwicklungen kaum beeinflussen, aber wir können uns bemühen, zumindest unser lokales Umfeld zu verändern. Ich zum Beispiel sehe meine Zukunft, obwohl ich in einem urbanen Umfeld, auf dem Land geboren und aufgewachsen bin, und habe schon einige Schritte in diese Richtung gemacht. Die heutigen Städte und Megastädte zermürben die Menschen buchstäblich in jeder Hinsicht. Ich glaube, dass die Zukunft in großen und starken Familien liegt und darin, Menschen mit ähnlichen Einstellungen zu verbinden. Gegen die sog. Kultur des Todes können wir am effektivsten bekämpfen, indem wir gesunde Familien und gute Menschen aufziehen. Der heutige **Zeitgeist** im Westen verachtet vor allem Leben und Opfer. Aber genau diese ideale brauchen wir.

Lassen Sie uns mit einem hellen Thema enden: „Serbische Welt“. Wie (un)real ist die Gefahr des serbischen Expansionismus heute? Was bedeutet das für Kroatien und Serbien in der Postmoderne?

„Serbische Welt“ ist ein Euphemismus für **Großserbien**. Der Name selbst ist aus Russland „geliehen“, wo nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die ehemaligen Sowjetrepubliken als „russische Welt“, also als russische geopolitische Sphäre, bezeichnet werden. Die Politik in Großserbien hat heute schwächere Einflusshebel als in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren. Expansionsvorhaben sind derzeit völlig unrealistisch, aber die Ideologen der „serbischen Welt“ weisen darauf hin, dass man auf „bessere Umstände“ warten sollte – lies: den Niedergang der amerikanischen Macht und die Stärkung Russlands und Chinas. Gleichzeitig versteht man allerdings nicht, dass sowohl Russland als auch China, selbst wenn sie morgen global dominieren sollten, Serbien nur in dem Maße unterstützen wollen, wie es in ihrem Interesse liegt.

Das Land, das derzeit am meisten Angst vor der „serbischen Welt“ haben muss, ist **Montenegro**. Ohne Montenegro scheitern alle Pläne für Großserbien. Der prominenteste serbische Geopolitiker, Dr. Milomir Stepić, schrieb über die Neugestaltung des postjugoslawischen Raums. Im Rahmen dieser Neuordnung würde Dalmatien ein unabhängiger Staat werden und Serbien würde auf Kosten Kroatiens erheblich expandieren.

Wir sollten vorsichtig sein, aber wenn wir die Realität betrachten, sind das feuchte Träume und Phantasmagorien, ungeachtet der Tatsache, dass der wichtigste serbische Geopolitiker dahinter steckt. Nicht nur Kroatien, sondern auch Serbien ist demografisch rückläufig. Sie müssen Leute haben, die jeden Raum kontrollieren. Serbien hat schon heute nicht genug Leute, um Serbien und die sog. Republika Srpska zu kontrollieren. Serbien hat den Kosovo gerade wegen seiner Demografie verloren, und auf lange Sicht sind auch die demografischen Aussichten im Sandzak-Gebiet nicht gerade aufregend. Anstatt sich mit wahnsinniger Mythologie zu beschäftigen, sollte Serbien auf die heutigen Grenzen achten. Aber solange **Aleksandar Vučić** an der Spitze eines Staates steht, das vom größten Partymonster Europas gebaut wurde, sind kaum Fortschritte zu erwarten. Kroatien und Serbien haben Bereiche, in denen sie künftig zusammenarbeiten könnten – von der Wirtschaft bis zur Sicherheit. Aber solange der Staat Serbien von Kadmern aus den 1990er Jahren geleitet wird, fallen die sogenannten gutnachbarliche Beziehungen in den Bereich unrealistischer Wünsche.



Wokativ

Dieser Beitrag erschien zuerst bei VOKATIV.HR, unserem Partner in der ERUOPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Die deutsche Minderheit in Serbien



Von **Rudolf Weiss** aus Subotica / Maria Theresienstadt in Serbien – er ist der **Präsident** des dortigen **Deutschen Volksverbandes**, haben wir über

Dr. Peter Wassertheurer, Präsident der **DWA** (Deutsche Weltallianz) eine sehr interessante Analyse von serbischen Lehrbüchern – siehe im Bild links - der achten Schulstufe (Schüler im Alter von ca. 14 Jahren) erhalten.

Diese dokumentiert eindrücklich, wie dort mit dem Thema der **Vertreibung der Deutschen** umgegangen wird. Immer noch dominiert der Versuch, diesen Völkermord unter Verwendung der Kollektivschuld-These zu verharmlosen und zu relativieren.

[Bitte sehen Sie hier die Ausführungen Weiss](#) zu „**Die Geschichte der deutschen Minderheit in Jugoslawien im 20. Jahrhundert, dargestellt in den Lehrbüchern der Republik Serbien, gedruckt im Zeitraum von 2005 bis 2021.**“

PS.: in diesem Zusammenhang wäre es auch sehr interessant zu analysieren, was in den österreichischen Schulbüchern **aktuell** über die nach Kriegsende erfolgte Vertreibung der deutschen, altösterreichischen Volksgruppen aus ihrer angestammten Heimat steht!

https://drive.google.com/drive/folders/10_IVFe2HFyRGc10rHCNLwlovvbXO3BCt

**DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN JUGOSLAWIEN IM 20. JAHRHUNDERT
DARGESTELLT IN DEN LEHRBÜCHERN FÜR GESCHICHTE DER REPUBLIK SERBIEN, GEDRUCKT IM
ZEITRAUM VON 2005 BIS 2021**

Diese Analyse erfolgte durch die Auswertung der Lehrbücher für die Oberstufe der 8. Klasse der Grundschulen in der Republik Serbien. In der 8. Klasse wird vor allem über die wichtigen Ereignisse

und Persönlichkeiten des 20. Jahrhundert gelehrt. Ich hatte insgesamt sechs Lehrbücher in serbischer Sprache von verschiedenen Autoren und Herausgebern zur Verfügung. Alle Bücher wurden in Belgrad herausgegeben.

In diesen Lehrbüchern wird die Deutsche Minderheit in den folgenden drei Kapiteln erwähnt: „Königreich Jugoslawien“, „Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg“ und „Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Im Kapitel, welches den Zeitraum von 1918 bis 1941 aufarbeitet, wird man im Lehrbuch des Herausgebers „**Zavod za udžbenike**“ aus dem Jahr **2005** fündig: „In dem neu gegründeten Staat gehörten etwa zwei Millionen Menschen zu den nationalen Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Albaner, Rumänen, Slowaken, Russinen, usw.). Diese machten zusammen ein Sechstel der Bevölkerungszahl aus.“ Im selben Buch unter dem Untertitel „Ende des Krieges im Raum Jugoslawiens“ wird auch über das Schicksal der deutschen Minderheit nach dem Krieg berichtet: „Einige aus der deutschen Minderheit, welche zumeist im Banat gewohnt haben, sind mit der Deutschen Armee zurückgegangen, aber der Großteil blieb, und somit wurden sie als potentielle Kriegsverbrecher unter Verdacht gestellt und aus den Ortschaften vertrieben.“

Im Lehrbuch des Herausgebers „**Logos**“ unter dem Untertitel „Aufteilung Jugoslawiens“ (1941) steht: „Wegen des Disputs um das Gebiet Banat zwischen Deutschen, Ungarn und Rumänen bekam dieses Territorium den Titel einer *autonomen Verwaltungseinheit* innerhalb des besetzten Serbiens. Die Verwaltung wurde den lokalen Deutschen (Volksdeutschen) unterteilt.“

Im Lehrbuch des Herausgebers „**Zavod za udžbenike**“ aus dem Jahr **2010** wurden die Wahlergebnisse vom Parlament des damaligen Königreichs tabellarisch aufgelistet. Unter dem Kapitel „Königreich Jugoslawien“ werden auch die errungenen Mandate jeder ehemaligen Parteien, darunter auch der deutschen Minderheit, aufgeführt. So hatte die **Deutsche Partei** 1923 **acht Mandate**, 1925 **fünf Mandate** und 1927 **sechs Mandate** erreicht. Im Teil über den Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien steht folgendes über die deutsche Minderheit: „Woiwodina wurde aufgeteilt, die Region Batschka erhielt Ungarn, und die Region Banat war der lokalen deutschen Minderheit zugeteilt.“ Hier wird unter anderem auch behauptet, dass „die Albaner auf Kosovo und Metochien Serben terrorisiert haben, genau so wie die Ungarn und die Deutschen in Woiwodina tausende Serben ermordet haben.“ Im selben Lehrbuch unter dem Kapitel „Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg“ steht folgendes: „Nach dem Krieg wurden einige tausende Deutsche vertrieben, oder sie sind mit der Deutschen Armee weggezogen.“

Im Jahr 2011 erscheint von dem Herausgeber „**Klett**“ ein Lehrbuch für die 8. Klasse, in welchem unter dem Kapitel „Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“ folgendes über die deutsche Minderheit steht: „Zu den nationalen Minderheiten gehörten Mehrzahl die Deutschen, Ungarn, Albaner, Rumänen, Türken, Slowenen und Russinen.“ Im Kapitel „Die Folgen des Krieges in Jugoslawien“ wird geschrieben: „Opfer des Krieges waren unter anderem auch die Deutschen, welche in Jugoslawien lebten. Sie zogen sich, gemeinsam mit der Deutschen Armee, zurück und hinterließen ihren Besitz und ihr Eigentum.“

Im Lehrbuch des Herausgebers „**Eduka**“ aus dem Jahr **2020** findet man unter dem Teil, in welchem die Geschichte des SHS-Staats aufgearbeitet wird, eine Tabelle, in welcher alle nationale Minderheiten aufgelistet und in folgender Reihenfolge dargestellt werden: Deutsche, Ungarn, Albaner, Rumänen, Italiener und andere. Den Autoren ist offensichtlich bekannt gewesen, dass die **deutsche nationale Minderheit** damals die **am zahlreichsten vertretene** im damaligen Staat war (laut der offiziellen Volkszählung aus dem Jahr 1921, lebten **505.790 Deutsche** in dem Gebiet). In der Rubrik „Kuriositäten“, im selben Buch auf Seite 181, wird eine Fotografie einer alten deutschen,

evangelischen Kirche aus Belgrad gezeigt, welche von den kommunistischen Behörden **enteignet** worden ist. Die Bilduntertitelung ist wie folgt. „Bitef Theater in Belgrad, eines der Theater in welchem auch Vorführungen des gleichnamigen Festivals gezeigt werden“.

Der Herausgeber „Data Status“ beschäftigt sich in dem Lehrbuch für die 8. Klasse aus dem Jahr **2021** unter dem Untertitel „Konstitution des Staates“ mit der Entstehung des SHS-Staates. „Die nationalen Minderheiten machten **rund zwei Millionen** der Gesamtbevölkerung aus: Ungarn, Deutsche, Albaner, Rumänen, Slowenen und andere.“ Im Kapitel „April Krieg und Besetzung“ steht: „Die lokale Bevölkerung aus Kosovo und Metochien wurde von den Kollaborateuren aus den Reihen der Albanern terrorisiert. Dasselbe fand in Batschka und Banat statt, unter deutscher und ungarischer Herrschaft, wobei sich auch einheimische Ungarn und Deutsche beteiligt haben sollen.“ Im Teil über Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg steht das Folgende: „Mehr als **350.000 Menschen**, vorwiegend serbische Familien wurden aus den unfruchtbaren Teilen Dalmatiens, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Süd-Serbiens und aus dem heutigen Nordmazedonien auf die vor allem von Deutschen enteigneten Anwesen angesiedelt.“

Es ist offensichtlich, dass wenn es um das Schicksal der deutschen Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg geht, werden Worte wie „**Vertreibung**“ und „**Einlagerung**“ in fünf von sechs Lehrbüchern **bewusst gemieden**. Die **Enteignung** der Deutschen wird **nur in einem Lehrbuch** thematisiert. Und auch dieses Mal zeigt sich die alte Wahrheit, dass bei der Aufarbeitung der geschichtlichen Vergangenheit sich anhand der Lehrbücher nicht nur die eigene Einstellung und Tendenz des Autors sich herauskristallisiert, sondern es bestätigt auch, dass das, was verheimlicht bzw. „ausgespart“ wird, letztendlich viel aussagekräftiger ist, als das tatsächlich niedergeschriebene.

Rudolf Weiss, Dipl.- Historiker, Präsident des Deutschen Volksverbandes in Serbien

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.111, 2021

Wien, am 09. September 2021

Rumänien

29) George Simion: „Meiner Ansicht nach hat Rumänien einen großen Fehler gemacht, als es sich weigerte, der Visegrád-Gruppe beizutreten“

21. 09. 2021



George Simion in Karpacz, Polen, 8. September 2021 - Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

George Simion, Vorsitzender der rumänischen patriotischen Partei AUR: „Mit der Visegrád-Gruppe haben wir die gleiche Geschichte, die gleichen Interessen und wir werden die gleiche Zukunft haben. Wir können uns nicht auf Deutschland verlassen, das jetzt einen Großteil unserer inneren und äußeren Angelegenheiten kontrolliert“.

Auf dem Wirtschaftsforum im niederschlesischen Karpacz (dt. Krummhübel) traf das Team der *Visegrád Post* George Simion, den Vorsitzenden der patriotischen Partei AUR (*Alianța pentru Unirea Românilor* – dt. Allianz für die Vereinigung der Rumänen). Der 34-jährige Autor und Absolvent der Wirtschaftswissenschaften bzw. der Geschichte, der seit Kurzem in der Politik aktiv ist, machte 2019 mit einer umstrittenen Aktion auf dem Friedhof von Valea Uzului von sich reden, die zu neuen Spannungen zwischen Ungarn und Rumänen geführt hatte.

Er erklärt, er sei gegen das System, behauptet, er sei Christ und befürworte ein Großrumänien, sprich die Wiedervereinigung von Rumänien und Moldawien. Er greift das derzeitige rumänische Regime, das er insgesamt für korrupt hält, frontal an und zögert nicht, die schädliche Rolle des rumänischen Geheimdienstes anzuprangern, der ein echter Staat im Staat darstellt.

Ferenc Almássy befragte George Simion zu seiner Ablehnung der Covid-Maßnahmen, zu seiner Vision der Visegrád-Gruppe und zu den Gründen, warum Rumänien noch immer nicht Mitglied des Schengen-Raums ist.

Ferenc Almássy: *Herr Simion, vielen Dank für dieses Gespräch. Sie sind die dominierende Persönlichkeit bzw. der Vorsitzende der rumänischen Partei AUR, die bei den letzten Wahlen für eine Überraschung sorgte und einen noch nie dagewesenen Zuwachs an Wählerstimmen verzeichnete: Von 1,2 % bei den Europawahlen vor zwei Jahren stiegen Sie plötzlich auf über 14 % in 4 der 41 Bezirke des Landes. Sie sind jetzt Mitglied des rumänischen Parlaments. All dies scheint mit Ihrem Widerstand gegen die Politik der rumänischen Regierung verbunden zu sein, die zumindest einer der Schlüssel zu Ihrem Erfolg zu sein scheint.*

George Simion: Ja, aber das liegt nicht nur an unserer freiheitsliebenden Haltung. Vier Säulen kennzeichnen die AUR-Linie, und eine davon ist die Freiheit. Wir kämpfen auch für den christlichen Glauben, der das Fundament der europäischen Zivilisation ist. Wir kämpfen für das nationale Prinzip und für die Familie als Grundlage der Gesellschaft. In Rumänien leitete der Niedergang der Christdemokratischen Partei PNȚ-CD eine lange Periode ein, in der diese Werte im Parlament von keiner ernsthaften politischen Kraft verteidigt wurden. Wir lehnen das System entschieden ab, nicht in einem anarchistischen Geist, sondern aus Respekt vor den Werten, für die wir kämpfen und die wir vertreten.

Heutzutage möchten die Globalisten, dass wir alle gleich werden, genau wie in der kommunistischen Ära: Wir sollten unserer sexuellen Identität beraubt werden, und jedes Kriteriums, das uns unterscheiden könnte.

Jeder sollte das sein können, was er will. Aber biologisch gesehen können wir nur männlich oder weiblich sein. Dies sind die einzigen beiden Geschlechter, die ich kenne, und ihre Existenz verdanken sie Gott.

Aufgrund unseres Engagements für diese Werte und in Ermangelung einer anderen politischen Kraft, die in diesem Segment der patriotischen, souveränen und konservativen Meinung positioniert ist, haben wir bei den Wahlen im Dezember 2020 10 % der Stimmen erhalten. Aber nur 40 % der Wähler waren über die Existenz der AUR informiert,

da wir keinen Zugang zum Fernsehen hatten. Das postkommunistische, ja sogar totalitäre System, das Rumänien kontrolliert, dachte, dass es uns daran hindern würde, die Schwelle zur parlamentarischen Vertretung zu überschreiten, indem es uns vom Fernsehen fernhält. Aber wir haben 10% erreicht, und einige der jüngsten Umfragen sehen uns bei 15%, andere eher bei 20%, und unser Aufstieg geht weiter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es in der rumänischen Politik keine konservative und patriotische Stimme gibt – trotz der Art und Weise, wie wir als Extremisten, Neofaschisten oder andere Bezeichnungen dargestellt werden.

Wir sind normale Rumänen, die Teil der Europäischen Union sein wollen – nicht eine europäische Föderation, sondern ein Bündnis zwischen Nationen.

Ferenc Almássy: *Sie haben sehr deutliche Worte gegen Ihre Regierung benutzt.*

George Simion: Ja, denn diese Regierung ist seit 30 Jahren dieselbe. 1989 töteten sie Ceaușescu, übernahmen die Macht und verteilten die Rollen: „Ihr, ihr werdet ‚die Rechten‘ genannt werden, ihr, ihr werdet Sozialisten sein, ihr, Liberale, und ihr, eine Volkspartei“; aber es waren immer noch dieselben, die Rumänien vor dem Regimewechsel durch das

Einparteiensystem und die *Securitate* [Staatssicherheitsdienste unter Ceaușescu – AdR.] Auch heute noch kontrollieren sie alles und weigern sich, anderen Stimmen in der rumänischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Und unser Problem ist, dass das System versucht, jede abweichende Stimme zum Schweigen zu bringen.

Ferenc Almássy: *Ich verstehe. Andererseits haben Sie das Recht, alles, was Sie gerade gesagt haben, öffentlich zu sagen. Sie sind nicht im Gefängnis, und Sie werden nicht von den Behörden angegriffen, um Sie dafür zu bestrafen, dass Sie es sagen.*

George Simion: Nein, aber wir haben eine Menge Geldstrafen erhalten.

Wir leiden unter der Unterdrückung durch einen Polizeistaat.

Bei den Wahlen 2020, während unseres Kampfes für Demokratie und Freiheit, haben sie versucht, uns zu kompromittieren. Sie haben zum Beispiel versucht, es so aussehen zu lassen, als ob ich ohne Führerschein fahren würde, also musste ich öffentlich beweisen, dass ich einen gültigen Führerschein habe. Die rumänische *Securitate* ist nicht tot – sie ist an keinem Moment verschwunden, und sie verweigert uns das Recht, unsere Werte zu verteidigen.

Ferenc Almássy: *Sie haben uns gesagt, dass Sie nicht gegen die EU sind, sondern für ein Europa der Nationen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Ihre Rede den Zielen der Visegrád-Vier ziemlich ähnlich.*

George Simion: Ja.

Ferenc Almássy: Wie sehen Sie die Visegrád-Gruppe aus rumänischer Sicht?

George Simion:

Meiner Ansicht nach hat Rumänien einen großen Fehler gemacht, als es sich weigerte, der Visegrád-Gruppe beizutreten. Zusammen mit Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Polen wären wir dort genau richtig.

Wir haben dieselbe Geschichte, dieselben Interessen, und wir werden dieselbe Zukunft haben. Wir können Deutschland, das derzeit einen Großteil unserer Außen- und Innenpolitik kontrolliert, keinen Blankoscheck ausstellen, denn Deutschland wird am Ende immer mit Russland Geschäfte machen. Sie waren immer Freunde, dann Feinde, dann wieder Freunde, und so weiter.

Wir sind der Meinung, dass wir eine unabhängige Politik betreiben sollten – eine Politik, wie sie sich Marschall Piłsudski in der Zwischenkriegszeit in Polen unter dem Namen Intermarium-Projekt vorgestellt hat. Heute wird dieses Projekt unter dem Namen Drei-Meere-Initiative wiederbelebt. Die Länder in diesem Gebiet sollten mehr zusammenarbeiten, denn wenn wir das nicht tun, werden wir verschwinden. Wir werden Niedriglohnländer sein, die lediglich einen Markt für chinesische und westliche Produkte bieten.

Ferenc Almássy: *Apropos Chinesen: Ist es aus Ihrer Sicht nicht besorgniserregend, dass Mitteleuropa – also eine Region, zu der auch die Länder der Drei-Meere-Initiative gehören – Gefahr läuft, zu einer Art Pufferzone zu werden, zum Beispiel zwischen Deutschland und Russland oder zwischen den USA und China, zum Beispiel? Sind wir nicht bloß Marionetten im Spiel der Großmächte?*

George Simion: Sie benutzen uns, weil wir uns von ihnen benutzen lassen. Alles hängt von den Staatsoberhäuptern und der von ihnen vertretenen außenpolitischen Vision ab. Unter diesem Gesichtspunkt,

muss ich sagen, dass ich zum Beispiel die Politik Polens bewundere, und auch – in gewisser Hinsicht – die der Regierung Orbán, für ihren Widerstand gegen die Diktatversuche aus Brüssel – gegen diese Art von kultureller Standardisierung, die mit dem vergleichbar ist, was man in der Sowjetzeit durchsetzen wollte. Unsere Nationen sind nicht dafür da.

Ich denke, die Europäische Union sollte eine Freihandelszone bleiben, ein Wirtschaftsraum, der durch Freizügigkeit und freien Handel geeint ist. Ich glaube nicht, dass sie ihre eigene Armee aufstellen oder zu einem Bundesstaat oder einem Superstaat werden muss.

Ferenc Almássy: *Wie sehen Sie die Zukunft der Region vor dem Hintergrund der Covid-Krise? Sie sind sehr feindselig gezeigt...*

George Simion: Nein, wir sind gegen gar nichts feindselig. Wir wehren uns nur gegen Maßnahmen, die nutzlos sind. Schauen Sie sich zum Beispiel uns an, wie wir gerade miteinander reden. Wenn wir Masken trügen, würde das nichts ändern. In Rumänien sind wir jedoch schon seit langem gezwungen, Masken zu tragen – auch im Freien –, obwohl deren Wirksamkeit nie bewiesen wurde.

Sie versuchten auch – wie in der kommunistischen Ära –, mit Hilfe von Angst bestimmte Maßnahmen wie Zwangseinweisungen und Impfungen durchzusetzen. Sie versuchten, die Impfung für bestimmte Kategorien von Arbeitnehmern, z.B. im Bildungswesen und im öffentlichen Dienst, verbindlich vorzuschreiben. Wir verteidigen die Wahlfreiheit für alle. Niemand weiß besser als ich, was gut für mich ist: Das ist die Freiheit – und das ist es, was sie im Moment abzuschaffen versuchen.

Wir leugnen nicht die Existenz dieses Virus, aber wir behaupten, dass die von ihm verursachten Schäden nicht die Lähmung ganzer Länder rechtfertigen. Die westlichen Länder haben vielleicht genug finanzielle Reserven, um sich das für zwei oder drei Jahre leisten zu können, aber wir können uns das nicht leisten – genauso wenig wie den Green Deal oder diesen neuen Hohn von einem Plan namens Fit for 55. All diese Geschichten werden unsere Wirtschaft zerstören. Ich möchte darauf hinweisen, dass bereits vor dieser Gesundheitskrise eine sich ständig verschärfende Wirtschaftskrise unsere Länder in den Ruin trieb. Fünf Millionen Rumänen arbeiten im Ausland.

Ferenc Almássy: *Sie betonen auch immer wieder, dass Rumänien die rumänische Diaspora, die vor allem in Europa sehr zahlreich ist, stärker unterstützen sollte. Im Vereinigten Königreich, in Deutschland, Italien, Spanien usw. gibt es viele Rumänen, die zum Arbeiten kommen – einige von ihnen leben schon seit vielen Jahren dort.*

George Simion: Sie sind nicht um des Arbeitens willen in diese Länder gegangen. Sie arbeiten dort, weil sie gezwungen waren, Rumänien zu verlassen, weil sie arm waren und nicht über die Runden kommen konnten. Deshalb sind sie gegangen. Für mich ist es unbegreiflich, dass die rumänische Regierung 120 Millionen Impfdosen für eine Bevölkerung von 19 Millionen Menschen kauft und dafür über eine Milliarde Euro bezahlt, vielleicht sogar noch mehr, weil sie dies auf undurchsichtige Weise tut. Die Höhe der Ausgaben wird den Menschen nicht mitgeteilt...

Ferenc Almássy: *Nicht einmal für Parlamentarier?*

George Simion: Nicht einmal für Parlamentarier. Wir haben im Rahmen der parlamentarischen Verfahren viele Fragen gestellt und keine Antwort erhalten. Es ist ein offenes Geheimnis. Wenn es keine Transparenz gibt, wie sollen die Menschen ihnen dann vertrauen? Nun, die Menschen vertrauen ihnen nicht. Deshalb wollen die Rumänen nicht geimpft werden. Wir versuchen, die im Ausland lebenden Rumänen davon zu überzeugen, zurückzukommen und das Land wieder aufzubauen, aber das ist sehr schwierig, da sich niemand für Wirtschaftswachstum oder nationale Souveränität interessiert. Alles, was die Regierung tut, ist, Kredite vom IWF und der Weltbank aufzunehmen. Das ist auf Dauer nicht tragbar: Früher oder später wird uns die Weltbank auffordern, z.B. unsere Erdgasreserven entschädigungslos aufzugeben.

Die Coronavirus-Krise ist daher für mich symptomatisch für den Zustand, in dem sich Rumänien befindet, das seit 30 Jahren von äußeren Kräften beherrscht wird. Wir haben unsere Wirtschaft zerstört. Wir haben unsere Fabriken zerstört. Die Menschen sind ins Ausland gegangen, weil sie in Rumänien keine Zukunft sehen.

Deshalb unterstützen uns die Rumänen, und deshalb sind wir nicht wie diese gewöhnlichen Politiker, die Lügen erzählen. Wir sagen, was jeder sehen kann. Diese Leute, die behaupten, uns zu regieren, regieren sich nicht einmal selbst.

Ferenc Almássy: *Rumänien ist seit 14 Jahren in der EU, und Sie sind immer noch nicht dem Schengen-Raum beigetreten. Warum ist das so? Es ist ein relativ sicheres Land mit gut bewachten Grenzen. Könnte es wegen des Hafens von Constanța sein, der viele Interessen bedroht, oder aus anderen Gründen? Sollte Rumänien Ihrer Meinung nach dem Schengen-Raum beitreten?*

George Simion: Rumänien muss die Möglichkeit haben, wirtschaftlich zu florieren, und uns wird der Zugang zum Schengen-Raum verwehrt.

Im Falle eines Beitritts würde Constanța natürlich die Einnahmen einstreichen, die derzeit auf Rotterdam niederprasseln, und solange wir uns weigern, Constanța zu verkaufen, wird man uns nicht in den Schengen-Raum lassen. Man hat uns erklärt, dass wir in einem gemeinsamen Raum leben werden, in einer Union, die sich um alle kümmert, aber wir, die ärmsten Nationen der besagten Union, profitieren nicht in gerechter Weise davon.

Ferenc Almássy: *Meine letzte Frage bezieht sich auf die ungarische Minderheit in Rumänien: Sie ist eine sehr große Minderheit.*

George Simion: 5 % der Bevölkerung, ja.

Ferenc Almássy: *Diese Minderheit ist seit langem ein Zankapfel, der zu Spannungen führt. Wie sehen Sie die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen rumänischen Staatsbürgern mit rumänischer und rumänischen Staatsbürgern mit ungarischer Abstammung?*

George Simion: Zunächst einmal sehe ich Bukarest und Budapest zusammenarbeiten und kooperieren – wie zwei unabhängige Länder. Ungarn mit rumänischer Staatsbürgerschaft sind für uns sehr wichtig. Im rumänischen Parlament haben wir ethnisch ungarische Abgeordnete. Wir respektieren sie, und wir wollen mit ihnen eine gemeinsame Zukunft aufbauen.

Die Spannungen, die im Laufe der Jahre entstanden sind, waren das Ergebnis politischer Provokationen. Wir sind der Meinung, dass die Integration der Ungarischsprachigen in die rumänische Gesellschaft verbessert werden muss. Wir müssen ihnen helfen, Arbeit zu

finden, obwohl sie die rumänische Sprache nur schlecht beherrschen – was die UDMR [Demokratische Union der Magyaren in Rumänien, bzw. ungarisch RMDSZ, die wichtigste Partei der ungarischen Minderheit – AdR.] lange Zeit verhindert hat. Dies ist ein echtes Problem für sie, da es ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt unmöglich macht. Aber sie müssen auch die Möglichkeit haben, ihre Identität zu bewahren: ihre Muttersprache zu erlernen, ihre Kirchen zu besuchen, ihre traditionellen Feste zu feiern, wie es auch die ungarischen Bürger tun, die der rumänischen Minderheit in Ungarn angehören. Wir selbst haben ähnliche Probleme mit bestimmten Ländern – wie Serbien und der Ukraine –, die das Recht nationaler Minderheiten, ihre eigene Sprache zu verwenden, ihre eigene Religion auszuüben usw. nicht respektieren. Ich bin der Meinung, dass alle Staaten die Besonderheiten aller in ihrem Hoheitsgebiet lebenden ethnischen Gruppen respektieren sollten.

Und ich glaube, dass Rumänien das tut. Jede ethnische Gruppe hat Anspruch auf mindestens einen Abgeordneten – und sie sind insgesamt 18! Meiner Meinung nach ist die einzige problematische Partei die UDMR, die ein Ghetto inmitten der rumänischen politischen Szene ist, während wir Bürger ungarischer Volkszugehörigkeit in jeder der Parlamentsfraktionen unter den Farben aller Parteien haben sollten, anstatt sie alle in einer ethnischen Partei unterzubringen. Die meisten rumänischen Bürger ungarischer Abstammung leben in den Bezirken Covasna und Harghita – deren Entwicklung und Gedeihen wir unterstützen sollten. Die Führer der ethnischen Partei UDMR sind nichts anderes als der ungarischsprachige Teil der korrupten politischen Klasse, die Rumänien seit 30 Jahren kontrolliert. Sie haben mit der Regierung zusammengearbeitet und waren in viele schmutzige Geschäfte verwickelt, wie zum Beispiel die Abholzung unseres Landes durch illegalen Holzeinschlag.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER